

Dekret zum Personalgesetz (Personaldekret)

Vom 8. Juni 2000 (Stand 1. August 2026)

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft,

gestützt auf § 67 Abs. 1 Bst. d der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984¹⁾ sowie auf § 30, § 32 Abs. 1, § 39 Abs. 1, § 57 Abs. 4, § 59 Abs. 4, § 65 des Gesetzes über die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons (Personalgesetz) vom 25. September 1997²⁾, *

beschliesst:

1 Allgemeines

1.1 Geltungsbereich und Anlobung

§ 1 Geltungsbereich

¹ Dieses Dekret gilt für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemäss den § 1 und § 2 des Personalgesetzes.

§ 2 Anlobung vom Volk oder Landrat Gewählter

¹ Vom Volk und Landrat Gewählte werden vom Landrat angelobt.

² Mit der Anlobung erklärt die oder der Gewählte, Verfassung und Gesetze des Kantons zu respektieren.

³ Einzelheiten regelt der Landrat.

§ 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei Basel-Landschaft *

¹ Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei Basel-Landschaft bestimmt deren Anstellungsbehörde den Inhalt und das Verfahren der Anlobung. *

1) [SGS 100](#)

2) [SGS 150](#)

1.2 Arbeitszeit

§ 4 Jahresarbeitszeit

¹ Die Jahresarbeitszeit eines Vollpensums berechnet sich auf der Basis einer Arbeitszeit von 42 Stunden pro Woche. Die Jahresarbeitszeit ist für Teilzeitarbeitende anteilmässig zu kürzen. *

² Die Verordnung bestimmt die Feiertage, die arbeitsfreien Tage und regelt die Entschädigung von angeordneter Überzeit durch Kompensation oder Barvergütung.

³ ... *

§ 4a * ...

§ 5 * Jahresarbeitszeit der Lehrpersonen

¹ Die nachstehend bezeichneten Lektionen bilden einen Teil der Gesamtarbeitszeit gemäss § 4 Abs. 1. Die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen beträgt unter Vorbehalt anderer gesetzlicher Bestimmungen für:

a. * Primarstufe:

- | | |
|-------------------|---------------|
| 1. * Kindergarten | 28 Lektionen, |
| 2. * Primarschule | 28 Lektionen, |

b. * ...

c. * Sekundarstufe I:

- | | |
|---------------------|---------------|
| 1. * Sekundarschule | 27 Lektionen, |
|---------------------|---------------|

d. * Sekundarstufe II:

- | | |
|---|----------------------------------|
| 1. * Gymnasium und Fachmittelschule | 22/26 Lektionen, |
| 2. * Berufsfachschule einschliesslich schulische Module
Brückenangebote | 22/23/24/26 Lektionen, |
| 3. * Berufsmaturitätsschule (lehrbegleitend, Teilzeit oder
Vollzeit) und Wirtschaftsmittelschule | 22/26 Lektionen 22/26 Lektionen, |

e. * ...

f. * ...

g. * ...

h. * ...

i. * Musikschule	27 Lektionen,
------------------	---------------

l. * Logopädie	28 Lektionen.
----------------	---------------

Die zeitliche Differenz zwischen wöchentlicher Unterrichtsverpflichtung und Jahresarbeitszeit verwenden die Lehrpersonen für die Erfüllung der weiteren ihnen übertragenen Aufgaben.

1bis ... *

1ter ... *

² Die Übernahme der Spezialfunktion Klassenleitung umfasst an den Vollzeitschulen 1 bzw. an den dualen Berufsfachschulen 1/2 Lektion. Sie wird an das Pensum angerechnet. *

³ ... *

⁴ Der Regierungsrat legt Einzelheiten über den Berufsauftrag sowie über weitere Spezialfunktionen und -aufgaben in der Verordnung fest. *

§ 5a * ...

§ 5b * **Gesamtpensum**

¹ Das Gesamtpensum umfasst alle Anstellungen beim Kanton Basel-Landschaft.

² Das Gesamtpensum der Mitarbeitenden darf in der Regel ein Vollpensum gemäss § 4 nicht übersteigen. *

³ Ein Gesamtpensum, das ein Vollpensum bis zu maximal 10 % übersteigt, ist zulässig, wenn es arbeitsorganisatorisch bedingt ist und in der nächsten Planperiode, jedoch spätestens im folgenden Jahr ausgeglichen werden kann.

⁴ Der Regierungsrat kann Ausnahmen bewilligen.

1.3 Ferien

§ 6 **Anspruch**

¹ Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Anspruch auf Ferien bei vollem Lohn.

² Der Ferienanspruch beträgt 25 Arbeitstage pro Kalenderjahr. Er erhöht sich im Kalenderjahr, in welchem das 50. Altersjahr vollendet wird, auf 27 Arbeitstage und im Kalenderjahr, in dem das 60. Altersjahr vollendet wird, auf 30 Arbeitstage. *

³ Die Anstellungsbehörde sowie bei Schulen des Kantons die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion können den Ferienanspruch gemäss Abs. 2 bei Vorliegen überdurchschnittlicher Arbeitsbelastung um maximal 10 Tage erhöhen. *

§ 7 **Ausnahmen**

¹ Abweichend von § 6 haben die nachstehend aufgeführten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter folgenden jährlichen Ferienanspruch:

a. * ...

b. 6 Wochen:

1. die Mitglieder des Regierungsrats;

2. * die Abteilungspräsidentinnen und -präsidenten des Kantonsgerichts sowie die Landschreiberin oder der Landschreiber;
3. * ...

2 ... *

³ Die Schulleitungen der Gymnasien und der Berufsfachschulen können in den Schulferien mit Aufgaben betraut werden. *

⁴ Fallen allgemeine Feiertage in die Zeit der Schulferien, besteht für Lehrpersonen kein Anspruch auf Nachbezug.

§ 8 Anteilmässiger und gekürzter Ferienanspruch

¹ Der Ferienanspruch richtet sich nach der entlöhnten Beschäftigungsdauer.

² Bei längerer Absenz infolge von Krankheit, Unfall, Militär-, Zivil- und Zivilschutzdienst oder aus anderen Gründen tritt eine Kürzung des Ferienanspruchs ein, und zwar wird bei einer Absenz von mehr als 6 Monaten innerhalb eines Kalenderjahres der Ferienanspruch für jeden weiteren halben Monat um je 1/10 gekürzt.

³ Mit einer Freistellung von der Arbeit während der Kündigungsfrist ist in der Regel ein noch bestehender Ferienanspruch abgegolten.

⁴ Die im ungekündigten Arbeitsverhältnis stehenden Lehrpersonen sind von der Regelung gemäss Abs. 2 ausgenommen.

⁵ Die Absenz aufgrund bezahlten Mutterschaftsurlaubes wird für die Berechnung der Kürzung des Ferienanspruches nicht berücksichtigt. *

⁶ Ist die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter während eines ganzen Kalenderjahres arbeitsunfähig, besteht kein Ferienanspruch. Dies gilt auch bei Pensionierung oder Austritt während des Kalenderjahres, wenn die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter in diesem Kalenderjahr nie arbeitsfähig war.

2 Lohnwesen

2.1 Lohnsystem

§ 9 Einreichungsplan

¹ Der Einreichungsplan bildet als Anhang 1 einen integralen Bestandteil dieses Dekrets.

² Er listet nach Funktionsbereichen, Funktionsketten und Lohnbändern geordnet die einzelnen Richtpositionen auf. *

§ 10 Modellumschreibungen

¹ Der Regierungsrat erlässt in einer Verordnung die Modellumschreibungen zu den einzelnen Richtpositionen.

² Er passt die Modellumschreibungen veränderten Verhältnissen an, insbesondere bei der Änderung von Berufsbildern und der Einführung neuer Funktionen.

³ Der Regierungsrat legt mittels Arbeitsbewertung das zutreffende Lohnband einer Modellumschreibung fest. *

⁴ Die Einreihung der Stellen erfolgt durch ihre Zuordnung auf die Richtpositionen anhand der Modellumschreibungen. *

§ 11 Lohnbänder *

¹ Für die Einreihung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen 28 Lohnbänder zur Verfügung. *

^{1bis} Das Lohnband bildet den Rahmen für die individuelle Lohnentwicklung aufgrund der Mitarbeitendenbeurteilung sowie der Position im Lohnband. *

² Jedes Lohnband ist durch einen Minimal- und Maximallohn begrenzt und enthält einen Funktionslohn. *

³ Die Höhe der Minimal-, Maximal- sowie der Funktionslöhne der Lohnbänder ist in Anhang 2 geregelt, der einen integralen Bestandteil dieses Dekrets bildet. Die Beträge sind Jahreslöhne bei vollem Beschäftigungsgrad und schliessen das 13. Monatsgehalt ein. *

⁴ Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ausbildung, für Praktikantinnen und Praktikanten, für Volontärinnen und Volontäre sowie für Jugendliche bis zum zurückgelegten 18. Altersjahr legt der Regierungsrat die Löhne fest.

§ 12 Einreihungskompetenz

¹ Der Regierungsrat reiht jede Mitarbeiterin und jeden Mitarbeiter in ein Lohnband ein und weist ihnen eine Position im Lohnband zu. Er kann diese Kompetenz an die zuständige Anstellungsbehörde delegieren. *

² Für Lehrpersonen ist die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion zuständig. *

³ Für die Mitarbeitenden der Gerichte ist das Kantonsgericht zuständig. *

§ 13 * Einreihung in ein Lohnband *

¹ Die Einreihung in ein Lohnband basiert auf dem Einreihungsplan (Anhang 1), der Modellumschreibung und dem Stelleninhalt. *

² Die in der Modellumschreibung umschriebenen formellen Anforderungen an die Ausbildung geben an, welches Fähigkeits- und Wissensniveau erforderlich ist.

³ Die Ausbildungsanforderungen stellen keine formelle Voraussetzung zur Übernahme der Funktion dar, soweit nicht durch Gesetz, Verordnung oder stellenspezifische Anstellungsbedingungen anderes vorgeschrieben ist.

⁴ Wird das zur Ausübung der Funktion erforderliche Fähigkeits- und Wissensniveau zum Zeitpunkt des Beginns des Arbeitsverhältnisses nicht erreicht, erfolgt eine tieferwertige Lohnbandeinreihung, als es für die Funktion vorgesehen ist. *

⁵ Sobald das erforderliche Fähigkeits- und Wissensniveau erreicht ist, wird die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter in das für die Funktion vorgesehene Lohnband eingereiht. *

§ 14 * Zuweisung einer Position im Lohnband *

¹ Bei der Zuweisung einer Position im Lohnband ist der beruflich wie auch der ausserberuflich, insbesondere der bei Familienarbeit und in sozialen Institutionen, erworbenen Erfahrung angemessen Rechnung zu tragen. *

² Hat die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter das erforderliche Fähigkeits- und Wissensniveau ohne formellen Ausbildungsabschluss erreicht, vermindern sich die Erfahrungsjahre der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters.

³ Wenn eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter die an ihre oder seine Funktion gestellten Anforderungen in Bezug auf die Erfahrung noch nicht erfüllt, kann ihr oder ihm für eine befristete Zeit eine Position unterhalb des Funktionslohns innerhalb des Lohnbandes zugewiesen werden. Abs. 2 bleibt vorbehalten. *

⁴ Das Nähere regelt die Verordnung.

§ 15 * Individuelle Lohnentwicklung *

¹ Der Regierungsrat beschliesst jährlich die individuelle Lohnentwicklung der Mitarbeitenden gemäss § 1 Personalgesetz per 1. Januar auf Grundlage der jährlichen Mitarbeitendenbeurteilung, der Position im Lohnband sowie der zur Verfügung stehenden Mittel. *

^{1bis} Für die Mitarbeitenden der Gerichte fasst die Geschäftsleitung des Kantonsgerichts den Beschluss gemäss Abs. 1, wobei sie die Vorgaben des Regierungsrats in dessen Beschluss über die individuelle Lohnentwicklung unverändert übernimmt. *

² Beginnt ein Arbeitsverhältnis nach dem 1. Juli eines Jahres, erfolgt per 1. Januar des folgenden Kalenderjahres keine individuelle Lohnentwicklung. *

³ Längere Absenzen sind für die Gewährung der individuellen Lohnentwicklung angemessen zu berücksichtigen. *

⁴ Das Nähere regelt die Verordnung.

§ 16 * ...

§ 17 Funktionsänderung

¹ Ändert die Funktion einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters, erfolgt eine Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der Lohnbandeinreihung und der Zuweisung einer Position im Lohnband. *

§ 17a * Periodische Überprüfung des Lohnsystems

¹ Der Regierungsrat schafft die notwendigen Instrumente zur Überprüfung der ordnungsgemässen Anwendung des Lohnsystems und nimmt periodisch Überprüfungen vor.

2.2 Lohnfindung

§ 18 Einreihungsfehler

¹ Wird ein offensichtlicher Fehler bei der Einreihung in ein Lohnband oder bei der Zuweisung einer Position im Lohnband festgestellt, ist wie folgt zu verfahren: *

- a. * Wirkt sich der Einreihungsfehler zugunsten der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters aus, ist sie oder er nach Ablauf der Kündigungsfrist in das richtige Lohnband einzureihen und/oder der richtigen Position im Lohnband zuzuweisen. Bei auf Amtsperiode gewählten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern muss das Ende der laufenden Amtsperiode nicht abgewartet werden.
- b. * Wirkt sich der Einreihungsfehler zuungunsten der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters aus, ist die Korrektur sofort vorzunehmen und die Lohndifferenz seit Beginn des Arbeitsverhältnisses, jedoch längstens für 5 Jahre nachzuzahlen.

§ 19 Lohnanspruch

¹ Der Anspruch auf Lohn entsteht mit dem vertraglich vereinbarten Beginn des Arbeitsverhältnisses und erlischt am Tag seiner Beendigung. Für auf Amtsperiode Gewählte entsteht der Lohnanspruch mit dem Datum des Amtsantritts.

² Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses bleiben die Bestimmungen der Lohnzahlung bei Krankheit und Unfall vorbehalten.

2.3 Lohnzahlung

§ 20 Ausrichtung des Lohnes

¹ Je 1/13 des Jahreslohnes wird per 25. jeden Monats ausgerichtet. Der 13. Monatslohn wird zusammen mit dem November-Lohn oder bei Austritt pro rata ausbezahlt.

§ 21 Teilzeitarbeit

¹ Für Teilzeitarbeitende wird der Lohn im Verhältnis zum Beschäftigungsgrad ausgerichtet.

§ 21a * Stellvertretung von Lehrpersonen

¹ Stellvertretungen sind befristete Anstellungen von Lehrpersonen bis zu 3 Monaten.

² Bei Stellvertretungen umfasst der Arbeitsauftrag grundsätzlich den Unterricht und dessen Vor- und Nachbereitung und wird entsprechend vergütet.

³ Übernehmen Lehrpersonen mit einer bereits bestehenden Anstellung zusätzlich zu ihrem Pensum eine Stellvertretung, gelten die Bestimmungen gemäss den Abs. 1 und 2.

⁴ Die geleisteten Lektionen werden in der Regel monatlich abgerechnet und ausbezahlt. Die Schulleitung kann eine zeitliche Kompensation vereinbaren.

§ 22 * Umwandlung des Lohnes in Urlaub

¹ Der 13. Monatslohn kann auf Begehren der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters durch die Anstellungsbehörde, bei Lehrpersonen durch die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion in Urlaub umgewandelt werden.

2.4 Zulagen

2.4.1 Funktionsbezogene Zulagen

§ 23 Anspruchsvollere Aufgaben *

¹ Anspruchsvollere Aufgaben, die vorübergehend, aber für mindestens 2 Monate übertragen werden, können durch Ausrichtung einer Zulage abgegolten werden. *

² Diese Zulage ist anzupassen oder aufzuheben, wenn die Voraussetzungen für ihre Ausrichtung geändert haben oder weggefallen sind.

2.4.2 Leistungsbezogene Zulagen

§ 24 Persönliche Zulage

¹ Zur Gewinnung oder Erhaltung besonders qualifizierter Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter kann der Regierungsrat eine einmalige, eine unbefristete oder befristete Zulage von bis zu 20 % des Jahreslohnes zusprechen.

² Der Regierungsrat hat periodisch zu prüfen, ob die Voraussetzungen für nicht befristet zugesprochene Zulagen noch vorhanden sind.

§ 25 Leistungsprämie

¹ Zur Belohnung einmaliger besonders qualifizierter Leistungen kann die Anstellungsbehörde einer Einzelperson oder einem Team eine einmalige Prämie zusprechen.

² Bei Lehrpersonen entscheidet die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion auf Antrag der Anstellungsbehörde. *

§ 25a * Ausserordentliche Ereignisse

¹ Zur Entschädigung von Leistungen im Rahmen ausserordentlicher Ereignisse kann der Regierungsrat den Mitarbeitenden in den Lohnbändern 1–7 eine einmalige Prämie gewähren.

2.4.3 Sozialzulagen

§ 26 * ...

§ 27 * ...

§ 28 * ...

§ 29 * Erziehungszulage

¹ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die einen Anspruch auf eine Familienzulage gemäss Bundesgesetzgebung über die Familienzulagen haben, erhalten eine Erziehungszulage. Die Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter müssen nachweisen, dass kein anderer Arbeitgeber als der Kanton Basel-Landschaft bereits eine der gleichen Zielsetzung dienende Zulage für dieselben Kinder und denselben Haushalt ausrichtet.

² Erhält die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter aufgrund der Anspruchskonkurrenz nach Familienzulagengesetzgebung keine Familienzulage, besteht trotzdem Anspruch auf eine Erziehungszulage, wenn die übrigen Voraussetzungen gemäss Familienzulagengesetz erfüllt sind.

³ Richtet ein anderer Arbeitgeber eine der gleichen Zielsetzung dienende Zulage für dieselben Kinder und denselben Haushalt aus, die geringer ist als die Erziehungszulage des Kantons Basel-Landschaft, wird dieser Betrag vom Anspruch des Mitarbeitenden abgezogen.

⁴ Die Erziehungszulage wird entsprechend dem vertraglich vereinbarten Pensum gemäss den Ansätzen in Anhang 2 ausbezahlt.

⁵ Die Erziehungszulage wird 1-mal pro Haushalt und unabhängig der Anzahl unterstützungsberechtigter Kinder ausbezahlt.

⁶ Eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter kann nicht mehr als eine Zulage entsprechend dem Beschäftigungsgrad beziehen.

⁷ Arbeiten beide für ein Kind unterstützungspflichtigen Elternteile beim Arbeitgeber Kanton Basel-Landschaft, besteht bei beiden Mitarbeitenden ein Anspruch auf eine Erziehungszulage, maximal in der Höhe von zusammen einer Zulage für ein 100-%-Pensum. Details der Aufteilung regelt die Verordnung.

§ 29a * Meldepflicht

¹ Tatsachen, die einen Anspruch auf Familien- oder Erziehungszulagen begründen, verändern oder erlöschen lassen, sind der Anstellungsbehörde unverzüglich zu melden.

2.4.4 Weitere Zulagen

§ 30 Zulagen für unregelmässige Arbeitszeit

¹ Der Regierungsrat legt für angeordnete Arbeit in der Nacht, an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen sowie für Pikettdienste für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Lohnklassen 28–11 Zulagen fest.

2.5 Ausnahmen

§ 31 Mitglieder des Regierungsrats

¹ Den Mitgliedern des Regierungsrats werden 12 Monatslöhne ohne Anspruch auf das 13. Monatsgehalt gemäss Anhang 2 Ziff. 2 ausgerichtet:

- | | |
|--|-------------|
| a. Präsidentin bzw. Präsident des Regierungsrats | Ansatz A 1, |
| b. Vizepräsidentin bzw. Vizepräsident des Regierungsrats | Ansatz A 2, |
| c. übrige Mitglieder des Regierungsrats | Ansatz A 3. |

² Den Mitgliedern des Regierungsrats wird zur Abgeltung der persönlichen Spesen eine nichtindexierte Jahrespauschale von CHF 15'000.– ausgerichtet. *

³ Zusätzlich zur Jahrespauschale werden die folgenden persönlichen Spesen wie folgt abgegolten: *

- Flugreisen ins Ausland: effektive Kosten der günstigsten Flugverbindung;
- Bahnreisen ins Ausland: effektive Kosten für Fahrten der 1. Klasse;
- Bahnreisen im Inland (ausserhalb des Tarifverbunds Nordwestschweiz): effektive Kosten für Fahrten der 1. Klasse, solange die Auslagen für Bahnreisen den doppelten Preis für ein 1-jähriges Halbtax-Abonnement (Preis am 1. Januar des jeweiligen Jahres) nicht übersteigen; danach werden für den darüber liegenden Betrag nur noch die Halbtax-Preise erstattet;
- auswärtige Übernachtungen: effektive Kosten.

⁴ Entwicklungsmassnahmen für einzelne Mitglieder des Regierungsrats werden durch die jeweilige Direktion finanziert, solche für den Gesamtregierungsrat durch das Personalamt. *

§ 32 Andere Sonderregelungen

¹ Der Präsidentin oder dem Präsidenten des Kantonsgerichts werden 12 Monatslöhne ohne Anspruch auf das 13. Monatsgehalt gemäss Anhang 2 Ziff. 2, Ansatz A 4.1, ausgerichtet. Zur Abgeltung der persönlichen Spesen wird eine nichtindexierte Jahrespauschale von CHF 5'000.– ausgerichtet. *

^{1a} Zusätzlich zur Jahrespauschale werden die folgenden persönlichen Spesen wie folgt abgegolten: *

- a. Flugreisen ins Ausland: effektive Kosten der günstigsten Flugverbindung;
- b. Bahnreisen ins Ausland: effektive Kosten für Fahrten der 1. Klasse;
- c. Bahnreisen im Inland (ausserhalb des Tarifverbunds Nordwestschweiz): effektive Kosten für Fahrten der 1. Klasse, solange die Auslagen für Bahnreisen den doppelten Preis für ein 1-jähriges Halbtax-Abonnement (Preis am 1. Januar des jeweiligen Jahres) nicht übersteigen; danach werden für den darüber liegenden Betrag nur noch die Halbtax-Preise erstattet;
- d. auswärtige Übernachtungen: effektive Kosten.

^{1 bis} Der Vizepräsidentin oder dem Vizepräsidenten des Kantonsgerichts werden 12 Monatslöhne ohne Anspruch auf das 13. Monatsgehalt gemäss Anhang 2 Ziff. 2, Ansatz A 4.2, ausgerichtet. *

^{1 ter} Den Abteilungspräsidentinnen und -präsidenten des Kantonsgerichts sowie der Landschreiberin oder dem Landschreiber werden 12 Monatslöhne ohne Anspruch auf das 13. Monatsgehalt gemäss Anhang 2 Ziff. 2, Ansatz A 4.3, ausgerichtet. *

² ... *

^{2bis} ... *

^{2ter} ... *

^{2quater} ... *

³ Der Regierungsrat kann die Ansätze gemäss Anhang 2 Ziff. 2 um bis zu 20 % reduzieren.

⁴ ... *

§ 32a * Weitere vom Landrat gewählte Funktionsträgerinnen und -träger

¹ Den weiteren vom Landrat gewählten Funktionsträgerinnen und -trägern werden folgende Lohnansätze zugewiesen: *

- a. der Vorsteherin bzw. dem Vorsteher der Finanzkontrolle gemäss Anhang 2 Ziff. 2 Ansatz D 1,
- b. der Vorsteherin bzw. dem Vorsteher der Datenschutzstelle gemäss Anhang 2 Ziff. 2 Ansatz D 2,
- c. * der Ombudsperson gemäss Anhang 2 Ziff. 2 Ansatz D 2,

- d. der Ersten Staatsanwältin bzw. dem Ersten Staatsanwalt
gemäss Anhang 2 Ziff. 2 Ansatz D 3,
- e. den Leitenden Staatsanwältinnen I und den Leitenden
Staatsanwälten I gemäss Anhang 2 Ziff. 2 Ansatz D 4,
- f. der Leitenden Jugendanwältin bzw. dem Leitenden Jugend-
anwalt gemäss Anhang 2 Ziff. 2 Ansatz D 4,
- g. * den Leitenden Staatsanwältinnen II und den Leitenden
Staatsanwälten II gemäss Anhang 2 Ziff. 2 Ansatz D 5,
- h. * den erstinstanzlichen Gerichtspräsidien gemäss Anhang 2
Ziff. 2 Ansatz D 6.

^{1bis} Den in Abs. 1 genannten Funktionsträgerinnen und -trägern werden 12 Monatslöhne ohne Anspruch auf das 13. Monatsgehalt ausgerichtet. *

² Die erstmalige Lohnfestsetzung erfolgt jeweils nach Konsultation des Personalamts durch die Behörde, welche den Wahantrag stellt.

³ In der 1. Amtsperiode wird der Lohn mindestens gemäss dem Minimum festgelegt. Zusätzlich können Erfahrungsjahre angerechnet werden, die in gleichwertigen Funktionen geleistet wurden.

⁴ Der Maximallohn wird in 3 degressiven Stufen von 50, 30 und 20 % der Differenz zwischen Minimal- und Maximallohn erreicht.

⁵ Der Stufenanstieg wird ausschliesslich auf Beginn einer weiteren Amtsperiode gewährt.

^{5bis} Bei Amtsantritt während einer laufenden Amtsperiode wird der Stufenanstieg nur gewährt, sofern das Amt spätestens am Tag des Beginns der 2. Hälfte der Amtsperiode angetreten wird. *

⁶ Der Regierungsrat kann die Umwandlung des 13. Teils des Jahresgehalts in Urlaub entsprechend § 22 bewilligen. *

2.6 Inhaberinnen und Inhaber kantonaler Nebenämter

2.6.1 Richterinnen und Richter

§ 33 * Monatliche Vergütungen

¹ Die pauschale monatliche Vergütung wird wie folgt ausgerichtet: *

- a. * Abteilungsvizepräsidentinnen und Abteilungsvizepräsidenten des Kantonsgerichts CHF 3'500.-;
- b. * Mitglieder des Kantonsgerichts CHF 3'200.-.

§ 33^{bis} * Vergütung für den Bereitschaftsdienst am Zwangsmassnahmengericht

¹ Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten des Zwangsmassnahmengerichts erhalten pro Tag, an dem sie sich für einen Einsatz am Zwangsmassnahmengericht bereithalten, eine Entschädigung von CHF 100.–, sofern es an dem betreffenden Tag zu keinem Einsatz kommt.

§ 33a * ...

§ 34 * Sitzungsgelder

¹ Die Mitglieder und die Ersatzmitglieder des Kantonsgerichts erhalten für Sitzungen, Augenscheine und amtliche Verrichtungen ein Sitzungsgeld von CHF 260.– pro halben Tag (entspricht 4 Stunden) und von CHF 65.– für jede weitere Stunde. *

^{1bis} Die Einzelrichterinnen und Einzelrichter gemäss § 3 Abs. 2 des kantonalen Gesetzes über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht vom 20. Mai 1996³⁾ erhalten pro Fall eine pauschale Entschädigung von CHF 50.–. *

² Die Mitglieder und die Ersatzmitglieder der erstinstanzlichen Gerichte (Zivilkreisgerichte, Strafgericht, Jugendgericht, Steuer- und Enteignungsgericht) erhalten für Sitzungen, Augenscheine und amtliche Verrichtungen ein Sitzungsgeld von CHF 240.– pro halben Tag (entspricht 4 Stunden) und von CHF 60.– für jede weitere Stunde. *

§ 35 * Aktenstudium

¹ Die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Kantonsgerichts erhalten pro Fall je nach Umfang und Komplexität eine Entschädigung von CHF 50–400.– für das Aktenstudium.

² Wenn für die Behandlung eines Falls mehr als eine Sitzung notwendig ist, wird pro Sitzung eine Entschädigung für das Aktenstudium ausgerichtet. *

³ Die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Strafgerichts, des Zwangsmassnahmengerichts und des Jugendgerichts erhalten pro Sitzung (entspricht 4 Stunden) eine Entschädigung von CHF 480.– für das Aktenstudium. *

⁴ Die Mitglieder und Ersatzmitglieder der Zivilkreisgerichte erhalten pro Sitzung (entspricht 4 Stunden) eine Entschädigung von CHF 400–960.– für das Aktenstudium. *

⁵ Die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Steuer- und Enteignungsgerichts erhalten pro Fall je nach Umfang und Komplexität eine Entschädigung von CHF 300–400.– für das Aktenstudium. *

3) [SGS 112](#)

⁶ Die Geschäftsleitung der Gerichte erlässt die Kriterien, nach denen die Präsidentinnen und Präsidenten der Abteilungen des Kantonsgerichts, der Zivilkreisgerichte und des Steuer- und Enteignungsgerichts innerhalb der Bandbreite die Höhe der Entschädigung für das Aktenstudium festlegen. *

§ 36 Zuschlag für Sitzungspräsidium

¹ Ein Mitglied oder Ersatzmitglied des Gerichts, das in einer Sitzung den Vorsitz übernimmt, erhält auf das Sitzungsgeld und die Entschädigung für das Aktenstudium einen Zuschlag von 100 %. Erfordert das Urteil eine schriftliche Begründung, beträgt der Zuschlag 150 %. *

² Teilen sich mehrere Mitglieder in den Vorsitz einer Sitzung, ist der Zuschlag durch die Präsidentin bzw. den Präsidenten entsprechend der Inanspruchnahme aufzuteilen.

§ 37 * Referat *

¹ Die Mitglieder und die Ersatzmitglieder des Kantonsgerichts erhalten für das Referat pro Fall eine Entschädigung in der Höhe von 150 % der Entschädigung für das Aktenstudium. *

² Die Mitglieder und die Ersatzmitglieder des Strafgerichts und des Jugendgerichts erhalten pro Sitzung (entspricht 4 Stunden) für das Referat CHF 360.–. *

³ Die Mitglieder und Ersatzmitglieder der Zivilkreisgerichte erhalten für das Referat pro Fall eine Entschädigung von CHF 100–400.–. *

⁴ Die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Steuer- und Enteignungsgerichts erhalten für das Referat pro Fall eine Entschädigung in der Höhe von 150 % der Entschädigung für das Aktenstudium. *

§ 37a * Ausgefallene Sitzungen

¹ Fällt eine angesetzte Sitzung weg, wird diese wie folgt entschädigt:

- a. Müssen eine angesetzte Sitzung, ein angesetzter Augenschein oder eine andere angesetzte amtliche Verrichtung innerhalb von weniger als 14 Tagen vor dem Termin abgeboten werden, so wird das Sitzungsgeld wie vorgesehen ausgerichtet, höchstens aber für 3 Tage. In den anderen Fällen wird kein Sitzungsgeld ausgerichtet.
- b. Das Aktenstudium wird wie angesetzt entschädigt.
- c. Das Referat wird entschädigt, falls die Referentin oder der Referent dieses bereits verfasst hat.
- d. Für die Übernahme des Präsidiums in einer Sitzung, die abgeboten wird, wird keine Entschädigung ausgerichtet.

² Findet die neue Verhandlung innerhalb von 3 Monaten seit der Ansetzung der verschobenen Sitzung statt, werden ausbezahlte Vergütungen für das Aktenstudium nicht nochmals entschädigt. Die Referatsentschädigung wird einmalig ausgerichtet.

³ Das Präsidium kann in begründeten Fällen von den Abs. 1 und 2 abweichen.

§ 38 Sonderansätze, Zuständigkeit

¹ Für im Voraus angesetzte Kurzsitzungen bis 2 Stunden Dauer wird eine Entschädigung in der Höhe des halben Sitzungsgeldes ausgerichtet. *

² ... *

³ ... *

⁴ Bei aussergewöhnlicher Inanspruchnahme eines Mitglieds des Gerichts kann die Präsidentin oder der Präsident des Gerichts im Rahmen der Vorgaben der Geschäftsleitung der Gerichte die Ausrichtung einer angemessenen, zusätzlichen Pauschalentschädigung anordnen. *

§ 39 * Vergütungen für die Friedensrichterinnen und Friedensrichter

¹ Friedensrichterinnen und Friedensrichter erhalten eine Jahresvergütung gemäss Ansatz C 8.

² Für jeden erledigten Fall erhalten sie eine Vergütung gemäss Ansatz C 4.

³ Jede schriftliche Entscheidungsbegründung wird gemäss Ansatz C 4 vergütet.

2.6.2 Kommissionen

§ 40 * Vergütungen, Zuständigkeit

¹ Die Vergütungen für die Mitglieder und die Aktuarinnen oder Aktuare der von der Gesetzgebung vorgesehenen oder vom Regierungsrat eingesetzten Kommissionen, einschliesslich derjenigen mit richterlichen Funktionen, werden vom Regierungsrat festgesetzt.

2.6.3 Übrige Inhaberinnen und Inhaber kantonalen Nebenämter

§ 41 Vergütungen, Zuständigkeit

¹ Die Vergütungen für die Inhaberinnen bzw. Inhaber kantonalen Nebenämter werden vom Regierungsrat festgesetzt, soweit sie in diesem Dekret nicht geregelt sind.

² Grundlage bildet das in § 9ff. festgelegte Lohnsystem.

2.7 Verbindung mehrerer Ämter

§ 42 Nebenfunktionen

¹ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Nebenaufgaben oder Nebenämter bei der Funktionsbewertung ihrer Haupttätigkeit berücksichtigt worden sind, werden für diese Nebenfunktionen nicht zusätzlich entlohnt.

§ 43 Abordnungen

¹ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die durch den Regierungsrat in einen Verwaltungsrat abgeordnet oder mit einer anderen Vertretung beauftragt werden, haben sämtliche ihnen aus dieser Tätigkeit zukommenden Entschädigungen und Vergütungen an die Staatskasse abzuliefern. *

² Abordnungstätigkeit gilt als Arbeitszeit. *

§ 44 Beschränkungen und Vergütungen

¹ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zugleich ein kantonales Nebenamt bekleiden, haben unter Vorbehalt der §§ 42 und 43 Anspruch auf die volle zusätzliche Vergütung.

² Soweit die nebenamtliche Tätigkeit während der Arbeitszeit ausgeführt wird, ist die Vergütung für das Nebenamt auf die Hälfte zu reduzieren.

2.8 Andere Formen des Lohnes und spezielle Vergütungen *

§ 45 Naturalleistungen

¹ Der Regierungsrat regelt die Gewährung und Anrechnung von Naturalleistungen in Form von Dienstwohnungen, Dienstkleidern, Verpflegung und dergleichen.

§ 45a * Lehrpersonen

¹ Der Regierungsrat regelt die Anrechnung der Arbeitszeit der Lehrpersonen für die Ausübung einer Spezialfunktion oder einer speziellen Aufgabe innerhalb des Schulbetriebs. *

² Die Anrechnung erfolgt in der Regel als ausgewiesener Teil der Unterrichtsverpflichtung. *

2.9 Treueprämie

§ 46 Grundsatz

¹ Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird erstmals nach 10 Jahren und jeweils nach 5 weiteren Dienstjahren eine Treueprämie ausgerichtet. *

² Lehrjahre, Vorpraktika der Medizinstudentinnen und Medizinstudenten, Volontariate und dergleichen sowie Urlaube von mehr als 12 aufeinanderfolgenden Monaten werden bei der Ermittlung der anrechenbaren Jahre nicht mitgezählt.

^{2bis} Bei der Ermittlung der anrechenbaren Jahre werden alle im Geltungsbereich des Personalgesetzes stehenden Arbeitsverhältnisse berücksichtigt. Ein früherer Arbeitgeber kann entsprechend dem Beschäftigungsgrad und der Anstellungsdauer zu einer anteilmässigen Beteiligung an der Treueprämie verpflichtet werden. *

³ Der Regierungsrat regelt die Abgabe von Treueprämien an Inhaberinnen und Inhaber eines Nebenamts sowie die Ausrichtung eines Geschenks an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Inhaberinnen und Inhaber eines Nebenamts bei Beendigung einer langjährigen Amtstätigkeit bzw. eines langjährigen Arbeitsverhältnisses.

§ 47 * Umfang

¹ Die Treueprämie beträgt bei einer Vollzeitbeschäftigung nach:

- | | | |
|----|---------------------------------|--------------|
| a. | 10 Dienstjahren | CHF 1'500.-, |
| b. | 15 Dienstjahren | CHF 2'000.-, |
| c. | 20 Dienstjahren | CHF 3'000.-, |
| d. | 25 Dienstjahren | CHF 4'000.-, |
| e. | 30, 35, 40 oder 45 Dienstjahren | CHF 5'000.-. |

² Für die Berechnung der Treueprämie ist der durchschnittliche Beschäftigungsgrad während der der Fälligkeit vorausgegangenen 5 Jahre massgebend.

§ 48 * Anspruch auf Treueprämie bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses

¹ Im Grundsatz besteht nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses kein Anspruch auf eine Treueprämie.

² Mitarbeitende erhalten in folgenden Fällen bei Ausscheiden einen pro-rata-temporis-Anteil der Treueprämie:

- a. Mitarbeitende, denen aufgrund von § 19 Abs. 3 Bst. b Personalgesetz gekündigt wird;
- b. Mitarbeitende, deren Arbeitsverhältnis in Folge einer Invalidität aufgelöst wird.

2.10 Teuerungsausgleich

§ 49 Zuständigkeit und Verfahrensregeln

¹ Der Landrat beschliesst jährlich per 1. Januar über den Ausgleich der Teuerung.

² Der Regierungsrat stellt dem Landrat nach Anhörung der Arbeitsgemeinschaft der Personalverbände Antrag über die Höhe des Teuerungsausgleichs. Grundlage ist die prozentuale Veränderung der gemittelten Landesindizes der Konsumentenpreise von Oktober des Vorjahres bis September des Jahres, das dem Teuerungsausgleich vorausgeht, sowie der davor liegenden 12-Monate-Periode. *

^{2bis} Der berechnete Wert kann aufgrund der finanziellen Situation des Kantons oder der wirtschaftlichen Entwicklung im Umfeld reduziert werden. *

³ Mit dem Beschluss über den Teuerungsausgleich ermächtigt der Landrat den Regierungsrat, die Lohntabellen im Anhang 2 des Personaldekrets entsprechend zu ändern und per 1. Januar des folgenden Jahres in Kraft zu setzen.

⁴ Bei den Vergütungen für die Inhaberinnen und Inhaber kantonaler Nebenämter findet kein Teuerungsausgleich statt. Es erfolgt eine periodische Überprüfung. *

2.11 Soziale Leistungen und Versicherungswesen

§ 50 * Berufliche Vorsorge für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

¹ Die Sicherung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität und Tod wird im Dekret über die berufliche Vorsorge durch die Basellandschaftliche Pensionskasse (Pensionskassendekret) vom 16. Mai 2013⁴⁾ und im entsprechenden Vorsorgereglement der Basellandschaftlichen Pensionskasse geregelt. *

§ 50a * Spezielle Beiträge des Kantons an Sozialversicherungseinrichtungen

¹ ... *

² ... *

³ ... *

⁴ Im Falle einer Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch die Anstellungsbehörde aufgrund § 19 Abs. 3 Bst. b Personalgesetz gegenüber Mitarbeitenden, die im Zeitpunkt der Kündigung das 60. Altersjahr vollendet haben, können auf dem Verordnungsweg weitere Kapitalabfindungen festgelegt werden. *

4) [SGS 834.1](#)

§ 51 Berufliche Vorsorge für die Mitglieder des Regierungsrats

¹ Die Sicherung der Mitglieder des Regierungsrats gegen die wirtschaftlichen Folgen von Nichtwiederwahl, Alter, Invalidität und Tod wird in einem besonderen Dekret geregelt

§ 52 Abgangsentschädigung für auf Amtsperiode gewählte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

¹ Die Personalkommission des Landrats entscheidet endgültig über die Abgangsentschädigung im Einzelfall.

§ 53 Lohnnachgenuss

¹ Beim Ableben einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters haben die Erbberechtigten Anspruch auf den vollen Lohn für den laufenden Monat.

² Hinterlässt eine bei der Vorsorgeeinrichtung versicherte Mitarbeiterin oder ein dort versicherter Mitarbeiter Angehörige, für die sie bzw. er massgeblich aufzukommen hatte, so haben diese während der nächstfolgenden 3 Monate Anspruch auf den zuletzt bezogenen Lohn ohne Sozialabzüge. *

³ Die an die Angehörigen aufgrund der Sozialgesetzgebung in diesem Zeitraum geleisteten Renten und übrigen Beiträge sind zurückzuerstatten.

⁴ Wird eine Abfindungssumme ausbezahlt, so ist der ihr zugrunde liegende Rentenbetrag für die Anrechnung massgebend.

§ 54 Rückgriff des Kantons

¹ An den Kanton gehen bis zur Höhe der von ihm bei Krankheit, öffentlicher Dienstleistung, Unfall oder Tod erbrachten Leistungen über:

- a. Ansprüche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder ihrer Hinterbliebenen gegen haftpflichtige Dritte, mit Ausnahme von Genugtuungs- und Integritätsentschädigungsforderungen, wobei der Kanton die Ausstellung einer Abtretungsurkunde verlangen kann, wenn die Durchsetzung seiner Rechte dadurch erleichtert wird;
- b. Ansprüche der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters auf Taggelder der Unfall- oder Invalidenversicherung oder einer kollektiven Krankentaggeldversicherung des Kantons, solange der vertraglich vereinbarte Lohn weiterbezahlt wird;
- c. Ansprüche aus der Militärversicherung, soweit es sich dabei um solche auf Erwerbsersatz handelt, und aus der eidgenössischen Erwerbsersatzordnung.

§ 55 Rückerstattung zu Unrecht bezogener Leistungen

¹ Zu Unrecht erhaltene Leistungen sind dem Arbeitgeber innert angemessener Frist zurückzuerstatten.

² In Härtefällen kann der Regierungsrat die Rückerstattung reduzieren oder erlassen.

2.12 Geltendmachung vermögensrechtlicher Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis

§ 56 Verwirkung

¹ Vermögensrechtliche Ansprüche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber dem Kanton aus dem Arbeitsverhältnis können innert 1 Jahr, nachdem die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter von der Möglichkeit eines Anspruchs Kenntnis erhalten hat, spätestens aber vor Ablauf von 5 Jahren seit ihrer Entstehung geltend gemacht werden.

² Vermögensrechtliche Ansprüche des Kantons gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Rückerstattung zu Unrecht bezogener Leistungen sind innert 1 Jahr, nachdem die zur Geltendmachung des Anspruchs zuständige Amtsstelle oder die Finanzkontrolle davon Kenntnis erhalten hat, spätestens aber vor Ablauf von 5 Jahren seit ihrer Entstehung geltend zu machen.

³ Wird der Rückerstattungsanspruch aus einer strafbaren Handlung hergeleitet, für die das Strafrecht eine längere Verjährung vorschreibt, so gilt dies auch für diesen.

3 Disziplinarverfahren

§ 57 Untersuchungsorgane

¹ Die Disziplinarbehörden können spezielle Beauftragte oder spezielle Untersuchungskommissionen als Untersuchungsorgane einsetzen.

² Das Untersuchungsorgan ermittelt den Sachverhalt und stellt der Disziplinarbehörde Antrag. Auf seinen Beizug kann in einfachen Fällen mit Zustimmung der bzw. des Betroffenen verzichtet werden.

§ 58 Untersuchung

¹ Das Untersuchungsorgan hat gegenüber den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die gleichen Befugnisse wie die Staatsanwaltschaft im Strafverfahren, kann jedoch keine Verhaftung anordnen.

² Jede Person ist verpflichtet, einer Aufforderung des Untersuchungsorgans zur Zeugenaussage nachzukommen. Die Vorschriften der Strafprozessordnung gelten analog.

³ Die Behörden und Amtsstellen leisten dem Untersuchungsorgan Rechtshilfe.

⁴ Die Untersuchung hat sich auch auf unverjährte Verstösse zu erstrecken, die nicht Gegenstand des Einleitungsbeschlusses waren.

§ 59 Verteidigung und Verfahren

¹ Die bzw. der Beschuldigte hat Anrecht auf Anhörung und Verteidigung.

§ 60 Rechtliches Gehör

¹ Der Mitarbeiterin bzw. dem Mitarbeiter sind alle ihr bzw. ihm zur Last gelegten Verfehlungen bekanntzugeben. Sie bzw. er hat das Recht, dazu Stellung zu nehmen, die zu ihrer bzw. seiner Entlastung dienenden Tatsachen vorzubringen und Beweisanträge zu stellen sowie ihre bzw. seine mündlichen Aussagen durch schriftliche Eingaben zu ergänzen.

§ 61 Rechtsbeistand, Kosten

¹ Der bzw. dem Beschuldigten können je nach Ausgang des Verfahrens die Kosten ihrer bzw. seiner Rechtsvertretung vergütet werden.

² Die Disziplinarbehörde kann der Mitarbeiterin bzw. dem Mitarbeiter die Verfahrenskosten nach Massgabe des Verschuldens ganz oder zum Teil überbinden. Wird das Verfahren eingestellt, so trägt die Mitarbeiterin bzw. der Mitarbeiter die Kosten ganz oder teilweise, wenn sie bzw. er die Untersuchung verschuldet oder in unzulässiger Weise erschwert hat.

§ 62 Entscheid der Disziplinarbehörde

¹ Hält die Disziplinarbehörde die Beschuldigung für unbegründet, so stellt sie das Verfahren ein.

² Mehrere Disziplinarvergehen sind gesamthaft mit einer einzigen Disziplinar-massnahme zu ahnden.

³ Der Entscheid ist der Mitarbeiterin bzw. dem Mitarbeiter schriftlich zu eröffnen. Er hat eine Begründung und eine Rechtsmittelbelehrung zu enthalten.

§ 63 Protokollführung und Akteneinsicht

¹ Die Aussagen der bzw. des Beschuldigten, der Zeuginnen bzw. Zeugen, Auskunftspersonen und Sachverständigen sind zu protokollieren und von den Einvernommenen wie von der oder vom Einvernehmenden zu unterzeichnen.

² Die betroffene Mitarbeiterin bzw. der betroffene Mitarbeiter und ihre Vertreterin bzw. sein Vertreter haben jederzeit das Recht, in die Untersuchungsakten Einsicht zu nehmen. Soweit sie nicht ohnehin dem Amtsgeheimnis unterstehen, kann ihnen verboten werden, bestimmte Aktenstellen Drittpersonen bekanntzugeben.

³ Vor dem Abschluss der Untersuchung ist der Mitarbeiterin bzw. dem Mitarbeiter und ihrer Vertreterin bzw. ihrem Vertreter Gelegenheit zu ergänzender Antragsstellung einzuräumen.

§ 64 Verhältnis der Verantwortlichkeiten zueinander

¹ Die Verhängung einer Disziplinarmassnahme berührt die Haftung für Schaden und die strafrechtliche Verantwortlichkeit nicht.

² Wird wegen des gleichen Tatbestandes neben dem Disziplinarverfahren auch ein Strafverfahren durchgeführt, so kann der Entscheid über die disziplinarische Massnahme bis zur Beendigung des Strafverfahrens ausgesetzt werden.

³ Wird der Zweck einer in Frage stehenden Disziplinarmassnahme schon durch das Strafurteil erreicht, so ist auf sie zu verzichten.

⁴ Die Urteile der Straf- und Zivilgerichte sind für die Disziplinarbehörde nicht verbindlich.

§ 65 Verfahren nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses

¹ Endet das Arbeitsverhältnis der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters, bevor ein in Rechtskraft erwachsener Entscheid vorliegt, so stellt die Disziplinarbehörde das Verfahren unter Übernahme der Kosten durch den Kanton ein.

² Auf Verlangen der ausgetretenen Mitarbeiterin oder des ausgetretenen Mitarbeiters kann jedoch die Disziplinarbehörde das Verfahren fortsetzen. Der Entscheid hierüber unterliegt keiner Beschwerde. Die Mitarbeiterin bzw. der Mitarbeiter behält ihre bzw. seine Parteistellung bei. Massnahmen können nicht mehr verhängt werden. Für die Kostentragung gilt die Regel von § 61 Abs. 2.

4 Verschiedene Bestimmungen**§ 66 * ...****§ 66a * Beratungsleistungen für die Kinder- und Angehörigenbetreuung**

¹ Der Regierungsrat sorgt für die angemessene Möglichkeit der Beratung von Mitarbeitenden für Fragen der Kinder- und Angehörigenbetreuung.

§ 67 Betriebskommissionen

¹ Die Mitglieder der Betriebskommissionen werden in geheimer Wahl für 4 Jahre bestimmt. Wählbar sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Organisationsbereiches.

² Der Regierungsrat regelt das Verfahren.

§ 68 Personalverbände

¹ Setzt der Regierungsrat eine Kommission oder eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung von personalrechtlichen Erlassen ein, ist die Arbeitsgemeinschaft der Personalverbände angemessen zu berücksichtigen.

5 Übergangs- und Schlussbestimmungen

5.1 Verfahren für die Überführung vom bestehenden in den neuen Lohn

§ 69 Verfahren

¹ Der bisherige Jahreslohn, errechnet anhand der betreffenden Lohnklasse und der Dienstalterszulage, wird mit dem Lohn der zutreffenden neuen Lohnklasse und der entsprechenden Erfahrungsstufe verglichen. Dabei wird die bisherige Anrechnung der Erfahrungsjahre übernommen.

§ 70 Einreihung

¹ Die Einreihung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgt durch das Personalamt in Zusammenarbeit mit den Anstellungsbehörden auf das Datum des Inkrafttretens des Dekrets.

§ 71 Wahrung des Besitzstands

¹ Der Besitzstand bezüglich Lohnklasse und Dienstalterszulage (Erfahrungszulage) wird für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche gemäss der neuen Regelung einen tieferen Lohn erhalten, gewahrt.

² Vorbehalten bleibt die richtige Einreihung gemäss den Bestimmungen des Dekrets zum Personalgesetz vom 5. Februar 1998⁵⁾.

³ Diese Regelung gilt für alle Folgejahre ab Inkraftsetzung, bis der Jahreslohn nach der neuen Regelung mindestens dem Besitzstand entspricht.

§ 72 Aufholerinnen und Aufholer

¹ Sofern der bisherige Jahreslohn unter demjenigen gemäss neuer Lohntabelle (Anhang 2) liegt, erfolgt die Anpassung in einem Schritt unmittelbar mit Inkraftsetzung dieses Dekrets.

§ 73 Änderung des Beschäftigungsgrades im Zusammenhang mit der Besitzstandsgarantie

¹ Eine Erhöhung des Beschäftigungsgrades bei einer Besitzstandsgarantie des Lohnes führt zu keiner entsprechenden Erhöhung des Besitzstandsbetrags.

5) GS 33.17

² Eine Herabsetzung des Beschäftigungsgrades bei einer Besitzstandsgarantie führt zu einer anteilmässigen Reduzierung des Besitzstandsbetrages. Eine Wiedererhöhung des Beschäftigungsgrades führt zu einer entsprechenden Erhöhung des Besitzstandsbetrages, jedoch höchstens bis zum Betrag, der zum Zeitpunkt der Inkraftsetzung des Dekrets massgebend war.

§ 74 Mitteilung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

¹ Die Mitteilung über die neue Lohnklasseneinreihung und Erfahrungsstufenzuweisung erfolgt spätestens 1 Monat vor Inkrafttreten des Dekrets.

§ 75 Einspracheverfahren bei der Neueinreihung

¹ Zur Behandlung von Einsprachen gegen die Einreihung im Rahmen der Überführung wird eine paritätische Kommission eingesetzt.

² Das Nähere regelt die Verordnung.

5.1.1 Verfahren für die Überführung von Lohnklassen in Lohnbänder *

§ 75a * Überführung in Lohnbandsystematik

¹ Per 1. Januar 2021 wird der Lohn gemäss der jeweiligen Lohnklasse und Erfahrungsstufe sämtlicher in Lohnklassen eingereihten Mitarbeitenden in die Lohnbandsystematik überführt.

² Für den Stufenanstieg per 1. Januar 2021 gilt das Dekret in der Fassung vom 12. Dezember 2018.

§ 75b * Verweisende Gemeinden

¹ Für die Einwohner-, Bürger- und Burgergemeinden, die für ihr Lohnsystem auf dasjenige des kantonalen Personalrechts verweisen, gilt ihr Verweis auf das bisherige Lohnsystem. Für ihren Verweis auf das am 14. Februar 2019 geänderte kantonale Lohnsystem bedarf es ihres ausdrücklichen Beschlusses.

5.2 *

§ 76 * ...

5.3 *

§ 77 * ...

5.4 Schlussbestimmungen

§ 78 **Aufhebung bisherigen Rechts**

¹ Das Dekret vom 5. Februar 1998⁶⁾ zum Personalgesetz (Personaldekret) wird unter Vorbehalt von § 78 Abs. 2 aufgehoben.

² Für Lehrpersonen bleiben die folgenden Paragraphen des Personaldekrets bis zum Schuljahresbeginn 2001/2002 in Kraft: § 8 Abs. 2 und 4, § 9, § 10, § 11 und § 15.

³ § 32 Abs. 1–3 des Dekrets vom 3. Dezember 1979⁷⁾ zum Schulgesetz werden per Schuljahresbeginn 2001/2002 unter dem Vorbehalt von § 79 Abs. 2–4 aufgehoben.

§ 79 **Inkrafttreten**

¹ Die Änderungen treten unter Vorbehalt von § 78 Abs. 2 und 3 am 1. Januar 2001 in Kraft.

² Für Lehrpersonen treten die folgenden Bestimmungen erst per Schuljahresbeginn 2001/2002 in Kraft: § 5 sowie die §§ 9 bis und mit 18 des Personaldekrets.

³ Die Bestimmungen von § 5 sind unter Vorbehalt von § 79 Abs. 5 längstens bis zum Schuljahresende 2005 befristet. *

⁴ Spätestens ab Schuljahresbeginn 2005/2006 wird § 5 durch eine umfassende Regelung der Erbringung der Jahresarbeitszeit durch die Lehrpersonen ersetzt. *

⁵ Erfolgt keine Neuregelung der in § 5 verankerten Bestimmungen, treten die in § 78 Abs. 3 angeführten Bestimmungen wieder in Kraft.

⁶ Die Bestimmung von § 54 Bst. b tritt am 1. Juli 2000 in Kraft.

⁷ ... *

6) GS 33.17

7) GS 27.245

Änderungstabelle - Nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
08.06.2000	01.01.2001	Erllass	Erstfassung	GS 33.1248
20.02.2003	01.04.2002	§ 7 Abs. 1, Bst. b., 2.	geändert	GS 34.871
20.02.2003	01.04.2002	§ 32 Abs. 1	geändert	GS 34.871
20.02.2003	01.04.2002	§ 32 Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	GS 34.871
20.02.2003	01.04.2002	§ 32 Abs. 1 ^{ter}	eingefügt	GS 34.871
20.02.2003	01.04.2002	§ 33	totalrevidiert	GS 34.871
20.02.2003	01.04.2002	§ 34	totalrevidiert	GS 34.871
20.02.2003	01.04.2002	§ 35	totalrevidiert	GS 34.871
20.02.2003	01.04.2002	§ 37	totalrevidiert	GS 34.871
20.02.2003	01.04.2002	§ 40	totalrevidiert	GS 34.871
20.02.2003	01.04.2002	§ 49 Abs. 4	eingefügt	GS 34.871
12.06.2003	01.08.2003	Ingress	geändert	GS 34.1085
10.12.2003	01.01.2004	§ 77	aufgehoben	GS 34.1302
10.06.2004	01.08.2004	§ 79 Abs. 3	geändert	GS 35.168
10.06.2004	01.08.2004	§ 79 Abs. 4	geändert	GS 35.168
11.11.2004	01.08.2005	§ 6 Abs. 3	geändert	GS 35.310
11.11.2004	01.08.2005	§ 7 Abs. 3	geändert	GS 35.310
11.11.2004	01.08.2005	§ 12 Abs. 2	geändert	GS 35.310
11.11.2004	01.08.2005	§ 22	totalrevidiert	GS 35.310
11.11.2004	01.08.2005	§ 25 Abs. 2	geändert	GS 35.310
11.11.2004	01.08.2005	Titel 2.8	geändert	GS 35.310
11.11.2004	01.08.2005	§ 45a	eingefügt	GS 35.310
11.11.2004	01.08.2005	Titel 5.3	aufgehoben	GS35.310
23.06.2005	01.01.2006	§ 47	totalrevidiert	GS 35.665
03.11.2005	01.01.2006	§ 34 Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	GS 35.882
14.12.2005	01.01.2005	§ 46 Abs. 1	geändert	GS 35.818
14.12.2005	01.01.2005	§ 46 Abs. 2 ^{bis}	eingefügt	GS 35.818
08.03.2007	01.01.2007	§ 4a	totalrevidiert	GS 36.32
22.03.2007	01.04.2007	§ 27	aufgehoben	GS 36.68
22.03.2007	01.04.2007	§ 28	aufgehoben	GS 36.68
22.03.2007	01.04.2007	§ 29a	eingefügt	GS 36.68
22.03.2007	01.04.2007	Titel 5.2	aufgehoben	GS 36.68
22.03.2007	01.04.2007	§ 76	aufgehoben	GS 36.68
29.11.2007	01.01.2008	§ 32 Abs. 2 ^{bis}	eingefügt	GS 36.532
29.11.2007	01.01.2008	§ 32 Abs. 2 ^{ter}	eingefügt	GS 36.532
29.11.2007	01.01.2008	§ 32 Abs. 4	aufgehoben	GS 36.532
05.06.2008	01.01.2008	§ 49 Abs. 2	geändert	GS 36.672
12.03.2009	01.01.2011	§ 58 Abs. 1	geändert	GS 37.97

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
15.04.2010	01.01.2011	§ 32a	totalrevidiert	GS 37.209
15.04.2010	01.04.2010	§ 33a	eingefügt	GS 37.57
15.04.2010	01.04.2010	§ 36 Abs. 1	geändert	GS 37.57
15.04.2010	01.04.2010	§ 37 Abs. 1	geändert	GS 37.57
17.06.2010	01.08.2015	§ 5 Abs. 3	aufgehoben	GS 2015.035
17.06.2010	01.08.2015	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2015.035
25.11.2010	01.07.2011	§ 26	aufgehoben	GS 37.391
25.11.2010	01.07.2011	§ 29	totalrevidiert	GS 37.391
09.12.2010	01.01.2012	§ 6 Abs. 2	geändert	GS 37.299
09.12.2010	01.01.2012	§ 7 Abs. 1, Bst. a.	aufgehoben	GS 37.299
13.01.2011	01.01.2011	§ 32a Abs. 6	eingefügt	GS 37.374
17.11.2011	01.01.2012	§ 4 Abs. 1	geändert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 5b	eingefügt	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 9 Abs. 2	geändert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 10 Abs. 3	eingefügt	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 10 Abs. 4	eingefügt	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 13	totalrevidiert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 14	totalrevidiert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 15	totalrevidiert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 16	totalrevidiert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 17a	eingefügt	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 23	Titel geändert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 23 Abs. 1	geändert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 32a Abs. 1	geändert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 32a Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 50	totalrevidiert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 50a	totalrevidiert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 53 Abs. 2	geändert	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2012	§ 79 Abs. 7	aufgehoben	GS 37.710
17.11.2011	01.01.2013	§ 32 Abs. 2 ^{zusatz}	aufgehoben	GS 37.883
09.02.2012	01.07.2012	§ 50a Abs. 1	geändert	GS 37.888
09.02.2012	01.07.2012	§ 50a Abs. 3	geändert	GS 37.888
09.02.2012	01.07.2012	§ 50a Abs. 4	eingefügt	GS 37.888
09.02.2012	01.07.2012	§ 66	aufgehoben	GS 37.888
22.03.2012	01.08.2012	§ 21a	eingefügt	GS 37.884
22.03.2012	01.04.2014	§ 34 Abs. 2	geändert	GS 38.43
22.03.2012	01.04.2014	§ 37 Abs. 2	geändert	GS 38.43
29.03.2012	01.08.2013	§ 5	totalrevidiert	GS 37.885
07.02.2013	01.08.2015	Ingress	geändert	GS 38.0060
07.02.2013	01.08.2015	§ 5 Abs. 1, Bst. a.	geändert	GS 38.0060
07.02.2013	01.08.2015	§ 5 Abs. 1, Bst. b.	geändert	GS 38.0060

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
07.02.2013	01.08.2015	§ 34 Abs. 1 ^{bis}	geändert	GS 38.0060
07.02.2013	01.08.2015	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 38.0060
16.05.2013	01.01.2015	§ 50 Abs. 1	geändert	GS 38.0281
16.05.2013	01.01.2015	§ 50a Abs. 1	aufgehoben	GS 38.0281
16.05.2013	01.01.2015	§ 50a Abs. 2	aufgehoben	GS 38.0281
16.05.2013	01.01.2015	§ 50a Abs. 3	aufgehoben	GS 38.0281
16.05.2013	01.01.2015	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 38.0281
16.05.2013	01.07.2013	§ 12 Abs. 3	eingefügt	GS 38.227
28.11.2013	01.01.2014	§ 4 Abs. 3	aufgehoben	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 5 Abs. 1, Bst. e.	geändert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 5 Abs. 1, Bst. f.	geändert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 5 Abs. 1, Bst. g.	geändert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 5 Abs. 1 ^{bis} , Bst. c.	geändert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 5 Abs. 1 ^{bis} , Bst. d.	geändert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 5 Abs. 1 ^{bis} , Bst. e.	geändert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 5a	totalrevidiert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 8 Abs. 5	geändert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 39	totalrevidiert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 48	totalrevidiert	GS 38.315
28.11.2013	01.01.2014	§ 66a	eingefügt	GS 38.315
16.01.2014	01.01.2015	§ 3	Titel geändert	GS 2014.048
16.01.2014	01.01.2015	§ 3 Abs. 1	geändert	GS 2014.048
16.01.2014	01.01.2015	Anhang 3	Name und Inhalt geändert	GS 2014.048
10.12.2014	01.01.2015	Anhang 2	Name und Inhalt geändert	GS 2014.127
10.12.2014	01.01.2015	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2014.127
22.10.2015	01.01.2016	Anhang 2	Name und Inhalt geändert	GS 2015.059
22.10.2015	01.01.2016	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2015.059
02.06.2016	01.08.2016	§ 5 Abs. 1, Bst. c.	geändert	GS 2016.017
02.06.2016	01.08.2016	§ 5 Abs. 1, Bst. d.	geändert	GS 2016.017
02.06.2016	01.08.2016	§ 5 Abs. 1, Bst. e.	geändert	GS 2016.017
02.06.2016	01.08.2016	§ 5 Abs. 1, Bst. f.	geändert	GS 2016.017
02.06.2016	01.08.2016	§ 5 Abs. 1, Bst. g.	geändert	GS 2016.017
02.06.2016	01.08.2016	§ 5 Abs. 1, Bst. h.	geändert	GS 2016.017
02.06.2016	01.08.2016	§ 5 Abs. 1 ^{bis}	aufgehoben	GS 2016.017
02.06.2016	01.08.2016	§ 5 Abs. 1 ^{ter}	eingefügt	GS 2016.017
02.06.2016	01.08.2016	§ 5 Abs. 2	geändert	GS 2016.017
02.06.2016	01.08.2016	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2016.017
16.06.2016	01.01.2017	§ 31 Abs. 2	geändert	GS 2016.022
16.06.2016	01.01.2017	§ 31 Abs. 3	eingefügt	GS 2016.022
16.06.2016	01.01.2017	§ 32 Abs. 1	geändert	GS 2016.022
16.06.2016	01.01.2017	§ 32 Abs. 1a	eingefügt	GS 2016.022

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
16.06.2016	01.01.2017	§ 43 Abs. 1	geändert	GS 2016.022
16.06.2016	01.01.2017	§ 43 Abs. 2	eingefügt	GS 2016.022
16.06.2016	01.01.2017	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2016.022
08.09.2016	01.08.2017	§ 5a	aufgehoben	GS 2016.042
08.09.2016	01.08.2017	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2016.042
14.12.2016	01.01.2017	Anhang 2	Name und Inhalt geändert	GS 2016.086
14.12.2016	01.01.2017	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2016.086
12.12.2018	01.01.2019	Anhang 2	Name und Inhalt geändert	GS 2018.090
12.12.2018	01.01.2019	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2018.090
14.02.2019	01.01.2021	§ 9 Abs. 2	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 10 Abs. 3	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 11	Titel geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 11 Abs. 1	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 11 Abs. 1 ^{tes}	eingefügt	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 11 Abs. 2	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 11 Abs. 3	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 12 Abs. 1	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 13	Titel geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 13 Abs. 1	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 13 Abs. 4	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 13 Abs. 5	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 14	Titel geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 14 Abs. 1	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 14 Abs. 3	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 15	Titel geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 15 Abs. 1	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 15 Abs. 1 ^{tes}	eingefügt	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 15 Abs. 2	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 15 Abs. 3	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 16	aufgehoben	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 17 Abs. 1	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 18 Abs. 1	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 18 Abs. 1, Bst. a.	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 18 Abs. 1, Bst. b.	geändert	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	Titel 5.1.1	eingefügt	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 75a	eingefügt	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	§ 75b	eingefügt	GS 2019.008
14.02.2019	01.01.2021	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2019.008
12.12.2019	01.01.2020	§ 49 Abs. 2	geändert	GS 2019.078
12.12.2019	01.01.2020	Anhang 2	Name und Inhalt geändert	GS 2019.078
12.12.2019	01.01.2020	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2019.078

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
16.01.2020	01.01.2020	§ 32a Abs. 1, Bst. g.	geändert	GS 2020.006
16.01.2020	01.01.2020	§ 32a Abs. 1, Bst. h.	eingefügt	GS 2020.006
16.01.2020	01.01.2020	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2020.006
03.12.2020	01.01.2021	Anhang 2	Name und Inhalt geändert	GS 2020.122
03.12.2020	01.01.2021	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2020.122
02.12.2021	01.01.2022	Anhang 2	Name und Inhalt geändert	GS 2022.011
02.12.2021	01.01.2022	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2022.011
13.01.2022	01.04.2022	§ 32a Abs. 1, Bst. c.	geändert	GS 2022.010
13.01.2022	01.04.2022	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2022.010
01.12.2022	01.01.2023	Anhang 2	Name und Inhalt geändert	GS 2023.004
01.12.2022	01.01.2023	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2023.004
01.12.2022	01.08.2023	§ 5 Abs. 1, Bst. a.	geändert	GS 2023.005
01.12.2022	01.08.2023	§ 5 Abs. 1, Bst. a., 1.	eingefügt	GS 2023.005
01.12.2022	01.08.2023	§ 5 Abs. 1, Bst. a., 2.	eingefügt	GS 2023.005
01.12.2022	01.08.2023	§ 5 Abs. 1, Bst. b.	aufgehoben	GS 2023.005
01.12.2022	01.08.2023	§ 5 Abs. 1, Bst. c.	geändert	GS 2023.005
01.12.2022	01.08.2023	§ 5 Abs. 1, Bst. c., 1.	eingefügt	GS 2023.005
01.12.2022	01.08.2023	§ 5 Abs. 1, Bst. d.	geändert	GS 2023.005
01.12.2022	01.08.2023	§ 5 Abs. 1, Bst. d., 1.	eingefügt	GS 2023.005
01.12.2022	01.08.2023	§ 5 Abs. 1, Bst. d., 2.	eingefügt	GS 2023.005
01.12.2022	01.08.2023	§ 5 Abs. 1, Bst. d., 3.	eingefügt	GS 2023.005
01.12.2022	01.08.2023	§ 5 Abs. 1, Bst. e.	aufgehoben	GS 2023.005
01.12.2022	01.08.2023	§ 5 Abs. 1, Bst. f.	aufgehoben	GS 2023.005
01.12.2022	01.08.2023	§ 5 Abs. 1, Bst. g.	aufgehoben	GS 2023.005
01.12.2022	01.08.2023	§ 5 Abs. 1, Bst. h.	aufgehoben	GS 2023.005
01.12.2022	01.08.2023	§ 5 Abs. 1 ^{ter}	aufgehoben	GS 2023.005
01.12.2022	01.08.2023	§ 5 Abs. 2	geändert	GS 2023.005
01.12.2022	01.08.2023	§ 5 Abs. 4	geändert	GS 2023.005
01.12.2022	01.08.2023	§ 45a Abs. 1	geändert	GS 2023.005
01.12.2022	01.08.2023	§ 45a Abs. 2	geändert	GS 2023.005
01.12.2022	01.08.2023	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2023.005
01.12.2022	01.01.2023	Anhang 2	Inhalt geändert	GS 2023.031
28.09.2023	01.01.2024	Anhang 2	Inhalt geändert	GS 2023.068
28.09.2023	01.01.2024	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2023.068
30.11.2023	01.01.2024	Anhang 2	Name und Inhalt geändert	GS 2023.102
30.11.2023	01.01.2024	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2023.102
28.11.2024	01.01.2025	Anhang 2	Name und Inhalt geändert	GS 2024.065
28.11.2024	01.01.2025	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2024.065
10.04.2025	01.08.2026	§ 5 Abs. 1, Bst. l.	geändert	GS 2025.032
10.04.2025	01.08.2026	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2025.032
11.09.2025	01.04.2026	§ 33 Abs. 1	geändert	2026.012

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
11.09.2025	01.04.2026	§ 33 Abs. 1, Bst. a.	geändert	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 33 Abs. 1, Bst. b.	geändert	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 33 ^{9a}	eingefügt	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 33a	aufgehoben	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 34 Abs. 1	geändert	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 34 Abs. 1 ^{9a}	geändert	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 34 Abs. 2	geändert	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 35 Abs. 1	totalrevidiert	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 35 Abs. 2	eingefügt	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 35 Abs. 3	eingefügt	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 35 Abs. 4	eingefügt	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 35 Abs. 5	eingefügt	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 35 Abs. 6	eingefügt	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 36 Abs. 1	geändert	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 37	Titel geändert	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 37 Abs. 1	geändert	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 37 Abs. 2	geändert	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 37 Abs. 3	geändert	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 37 Abs. 4	eingefügt	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 37a	eingefügt	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 38 Abs. 1	geändert	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 38 Abs. 2	aufgehoben	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 38 Abs. 3	aufgehoben	2026.012
11.09.2025	01.04.2026	§ 38 Abs. 4	geändert	2026.012
25.09.2025	01.01.2026	§ 4a	aufgehoben	GS 2025.054
25.09.2025	01.01.2026	§ 5b Abs. 2	geändert	GS 2025.054
25.09.2025	01.01.2026	§ 7 Abs. 1, Bst. b., 3.	aufgehoben	GS 2025.054
25.09.2025	01.01.2026	§ 7 Abs. 2	aufgehoben	GS 2025.054
25.09.2025	01.01.2026	§ 25a	eingefügt	GS 2025.054
25.09.2025	01.01.2026	§ 31 Abs. 4	eingefügt	GS 2025.054
25.09.2025	01.01.2026	§ 32 Abs. 2	aufgehoben	GS 2025.054
25.09.2025	01.01.2026	§ 32 Abs. 2 ^{9a}	aufgehoben	GS 2025.054
25.09.2025	01.01.2026	§ 32 Abs. 2 ^{9a}	aufgehoben	GS 2025.054
25.09.2025	01.01.2026	§ 32a Abs. 5 ^{9a}	eingefügt	GS 2025.054
25.09.2025	01.01.2026	§ 49 Abs. 2	geändert	GS 2025.054
25.09.2025	01.01.2026	§ 49 Abs. 2 ^{9a}	eingefügt	GS 2025.054
10.12.2025	01.01.2026	Anhang 2	Name und Inhalt geändert	GS 2025.080
10.12.2025	01.01.2026	Anhang 3	Inhalt geändert	GS 2025.080

Änderungstabelle - Nach Paragraf

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Erllass	08.06.2000	01.01.2001	Erstfassung	GS 33.1248
Ingress	12.06.2003	01.08.2003	geändert	GS 34.1085
Ingress	07.02.2013	01.08.2015	geändert	GS 38.0060
§ 3	16.01.2014	01.01.2015	Titel geändert	GS 2014.048
§ 3 Abs. 1	16.01.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014.048
§ 4 Abs. 1	17.11.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.710
§ 4 Abs. 3	28.11.2013	01.01.2014	aufgehoben	GS 38.315
§ 4a	08.03.2007	01.01.2007	totalrevidiert	GS 36.32
§ 4a	25.09.2025	01.01.2026	aufgehoben	GS 2025.054
§ 5	29.03.2012	01.08.2013	totalrevidiert	GS 37.885
§ 5 Abs. 1, Bst. a.	07.02.2013	01.08.2015	geändert	GS 38.0060
§ 5 Abs. 1, Bst. a.	01.12.2022	01.08.2023	geändert	GS 2023.005
§ 5 Abs. 1, Bst. a., 1.	01.12.2022	01.08.2023	eingefügt	GS 2023.005
§ 5 Abs. 1, Bst. a., 2.	01.12.2022	01.08.2023	eingefügt	GS 2023.005
§ 5 Abs. 1, Bst. b.	07.02.2013	01.08.2015	geändert	GS 38.0060
§ 5 Abs. 1, Bst. b.	01.12.2022	01.08.2023	aufgehoben	GS 2023.005
§ 5 Abs. 1, Bst. c.	02.06.2016	01.08.2016	geändert	GS 2016.017
§ 5 Abs. 1, Bst. c.	01.12.2022	01.08.2023	geändert	GS 2023.005
§ 5 Abs. 1, Bst. c., 1.	01.12.2022	01.08.2023	eingefügt	GS 2023.005
§ 5 Abs. 1, Bst. d.	02.06.2016	01.08.2016	geändert	GS 2016.017
§ 5 Abs. 1, Bst. d.	01.12.2022	01.08.2023	geändert	GS 2023.005
§ 5 Abs. 1, Bst. d., 1.	01.12.2022	01.08.2023	eingefügt	GS 2023.005
§ 5 Abs. 1, Bst. d., 2.	01.12.2022	01.08.2023	eingefügt	GS 2023.005
§ 5 Abs. 1, Bst. d., 3.	01.12.2022	01.08.2023	eingefügt	GS 2023.005
§ 5 Abs. 1, Bst. e.	28.11.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.315
§ 5 Abs. 1, Bst. e.	02.06.2016	01.08.2016	geändert	GS 2016.017
§ 5 Abs. 1, Bst. e.	01.12.2022	01.08.2023	aufgehoben	GS 2023.005
§ 5 Abs. 1, Bst. f.	28.11.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.315
§ 5 Abs. 1, Bst. f.	02.06.2016	01.08.2016	geändert	GS 2016.017
§ 5 Abs. 1, Bst. f.	01.12.2022	01.08.2023	aufgehoben	GS 2023.005
§ 5 Abs. 1, Bst. g.	28.11.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.315
§ 5 Abs. 1, Bst. g.	02.06.2016	01.08.2016	geändert	GS 2016.017
§ 5 Abs. 1, Bst. g.	01.12.2022	01.08.2023	aufgehoben	GS 2023.005
§ 5 Abs. 1, Bst. h.	02.06.2016	01.08.2016	geändert	GS 2016.017
§ 5 Abs. 1, Bst. h.	01.12.2022	01.08.2023	aufgehoben	GS 2023.005
§ 5 Abs. 1, Bst. i.	10.04.2025	01.08.2026	geändert	GS 2025.032
§ 5 Abs. 1 ^{bis}	02.06.2016	01.08.2016	aufgehoben	GS 2016.017
§ 5 Abs. 1 ^{bis} , Bst. c.	28.11.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.315

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 5 Abs. 1 ^{bis} , Bst. d.	28.11.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.315
§ 5 Abs. 1 ^{bis} , Bst. e.	28.11.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.315
§ 5 Abs. 1 ^{ter}	02.06.2016	01.08.2016	eingefügt	GS 2016.017
§ 5 Abs. 1 ^{ter}	01.12.2022	01.08.2023	aufgehoben	GS 2023.005
§ 5 Abs. 2	02.06.2016	01.08.2016	geändert	GS 2016.017
§ 5 Abs. 2	01.12.2022	01.08.2023	geändert	GS 2023.005
§ 5 Abs. 3	17.06.2010	01.08.2015	aufgehoben	GS 2015.035
§ 5 Abs. 4	01.12.2022	01.08.2023	geändert	GS 2023.005
§ 5a	28.11.2013	01.01.2014	totalrevidiert	GS 38.315
§ 5a	08.09.2016	01.08.2017	aufgehoben	GS 2016.042
§ 5b	17.11.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 37.710
§ 5b Abs. 2	25.09.2025	01.01.2026	geändert	GS 2025.054
§ 6 Abs. 2	09.12.2010	01.01.2012	geändert	GS 37.299
§ 6 Abs. 3	11.11.2004	01.08.2005	geändert	GS 35.310
§ 7 Abs. 1, Bst. a.	09.12.2010	01.01.2012	aufgehoben	GS 37.299
§ 7 Abs. 1, Bst. b., 2.	20.02.2003	01.04.2002	geändert	GS 34.871
§ 7 Abs. 1, Bst. b., 3.	25.09.2025	01.01.2026	aufgehoben	GS 2025.054
§ 7 Abs. 2	25.09.2025	01.01.2026	aufgehoben	GS 2025.054
§ 7 Abs. 3	11.11.2004	01.08.2005	geändert	GS 35.310
§ 8 Abs. 5	28.11.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.315
§ 9 Abs. 2	17.11.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.710
§ 9 Abs. 2	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 10 Abs. 3	17.11.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 37.710
§ 10 Abs. 3	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 10 Abs. 4	17.11.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 37.710
§ 11	14.02.2019	01.01.2021	Titel geändert	GS 2019.008
§ 11 Abs. 1	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 11 Abs. 1 ^{bis}	14.02.2019	01.01.2021	eingefügt	GS 2019.008
§ 11 Abs. 2	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 11 Abs. 3	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 12 Abs. 1	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 12 Abs. 2	11.11.2004	01.08.2005	geändert	GS 35.310
§ 12 Abs. 3	16.05.2013	01.07.2013	eingefügt	GS 38.227
§ 13	17.11.2011	01.01.2012	totalrevidiert	GS 37.710
§ 13	14.02.2019	01.01.2021	Titel geändert	GS 2019.008
§ 13 Abs. 1	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 13 Abs. 4	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 13 Abs. 5	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 14	17.11.2011	01.01.2012	totalrevidiert	GS 37.710
§ 14	14.02.2019	01.01.2021	Titel geändert	GS 2019.008
§ 14 Abs. 1	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 14 Abs. 3	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 15	17.11.2011	01.01.2012	totalrevidiert	GS 37.710
§ 15	14.02.2019	01.01.2021	Titel geändert	GS 2019.008
§ 15 Abs. 1	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 15 Abs. 1 ^{bis}	14.02.2019	01.01.2021	eingefügt	GS 2019.008
§ 15 Abs. 2	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 15 Abs. 3	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 16	17.11.2011	01.01.2012	totalrevidiert	GS 37.710
§ 16	14.02.2019	01.01.2021	aufgehoben	GS 2019.008
§ 17 Abs. 1	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 17a	17.11.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 37.710
§ 18 Abs. 1	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 18 Abs. 1, Bst. a.	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 18 Abs. 1, Bst. b.	14.02.2019	01.01.2021	geändert	GS 2019.008
§ 21a	22.03.2012	01.08.2012	eingefügt	GS 37.884
§ 22	11.11.2004	01.08.2005	totalrevidiert	GS 35.310
§ 23	17.11.2011	01.01.2012	Titel geändert	GS 37.710
§ 23 Abs. 1	17.11.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.710
§ 25 Abs. 2	11.11.2004	01.08.2005	geändert	GS 35.310
§ 25a	25.09.2025	01.01.2026	eingefügt	GS 2025.054
§ 26	25.11.2010	01.07.2011	aufgehoben	GS 37.391
§ 27	22.03.2007	01.04.2007	aufgehoben	GS 36.68
§ 28	22.03.2007	01.04.2007	aufgehoben	GS 36.68
§ 29	25.11.2010	01.07.2011	totalrevidiert	GS 37.391
§ 29a	22.03.2007	01.04.2007	eingefügt	GS 36.68
§ 31 Abs. 2	16.06.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.022
§ 31 Abs. 3	16.06.2016	01.01.2017	eingefügt	GS 2016.022
§ 31 Abs. 4	25.09.2025	01.01.2026	eingefügt	GS 2025.054
§ 32 Abs. 1	20.02.2003	01.04.2002	geändert	GS 34.871
§ 32 Abs. 1	16.06.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.022
§ 32 Abs. 1a	16.06.2016	01.01.2017	eingefügt	GS 2016.022
§ 32 Abs. 1 ^{bis}	20.02.2003	01.04.2002	eingefügt	GS 34.871
§ 32 Abs. 1 ^{ter}	20.02.2003	01.04.2002	eingefügt	GS 34.871
§ 32 Abs. 2	25.09.2025	01.01.2026	aufgehoben	GS 2025.054
§ 32 Abs. 2 ^{bis}	29.11.2007	01.01.2008	eingefügt	GS 36.532
§ 32 Abs. 2 ^{bis}	25.09.2025	01.01.2026	aufgehoben	GS 2025.054
§ 32 Abs. 2 ^{ter}	29.11.2007	01.01.2008	eingefügt	GS 36.532
§ 32 Abs. 2 ^{ter}	25.09.2025	01.01.2026	aufgehoben	GS 2025.054
§ 32 Abs. 2 ^{quater}	17.11.2011	01.01.2013	aufgehoben	GS 37.883
§ 32 Abs. 4	29.11.2007	01.01.2008	aufgehoben	GS 36.532
§ 32a	15.04.2010	01.01.2011	totalrevidiert	GS 37.209

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 32a Abs. 1	17.11.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.710
§ 32a Abs. 1, Bst. c.	13.01.2022	01.04.2022	geändert	GS 2022.010
§ 32a Abs. 1, Bst. g.	16.01.2020	01.01.2020	geändert	GS 2020.006
§ 32a Abs. 1, Bst. h.	16.01.2020	01.01.2020	eingefügt	GS 2020.006
§ 32a Abs. 1 ^{bis}	17.11.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 37.710
§ 32a Abs. 5 ^{bis}	25.09.2025	01.01.2026	eingefügt	GS 2025.054
§ 32a Abs. 6	13.01.2011	01.01.2011	eingefügt	GS 37.374
§ 33	20.02.2003	01.04.2002	totalrevidiert	GS 34.871
§ 33 Abs. 1	11.09.2025	01.04.2026	geändert	2026.012
§ 33 Abs. 1, Bst. a.	11.09.2025	01.04.2026	geändert	2026.012
§ 33 Abs. 1, Bst. b.	11.09.2025	01.04.2026	geändert	2026.012
§ 33 ^{bis}	11.09.2025	01.04.2026	eingefügt	2026.012
§ 33a	15.04.2010	01.04.2010	eingefügt	GS 37.57
§ 33a	11.09.2025	01.04.2026	aufgehoben	2026.012
§ 34	20.02.2003	01.04.2002	totalrevidiert	GS 34.871
§ 34 Abs. 1	11.09.2025	01.04.2026	geändert	2026.012
§ 34 Abs. 1 ^{bis}	03.11.2005	01.01.2006	eingefügt	GS 35.882
§ 34 Abs. 1 ^{bis}	07.02.2013	01.08.2015	geändert	GS 38.0060
§ 34 Abs. 1 ^{bis}	11.09.2025	01.04.2026	geändert	2026.012
§ 34 Abs. 2	22.03.2012	01.04.2014	geändert	GS 38.43
§ 34 Abs. 2	11.09.2025	01.04.2026	geändert	2026.012
§ 35	20.02.2003	01.04.2002	totalrevidiert	GS 34.871
§ 35 Abs. 1	11.09.2025	01.04.2026	totalrevidiert	2026.012
§ 35 Abs. 2	11.09.2025	01.04.2026	eingefügt	2026.012
§ 35 Abs. 3	11.09.2025	01.04.2026	eingefügt	2026.012
§ 35 Abs. 4	11.09.2025	01.04.2026	eingefügt	2026.012
§ 35 Abs. 5	11.09.2025	01.04.2026	eingefügt	2026.012
§ 35 Abs. 6	11.09.2025	01.04.2026	eingefügt	2026.012
§ 36 Abs. 1	15.04.2010	01.04.2010	geändert	GS 37.57
§ 36 Abs. 1	11.09.2025	01.04.2026	geändert	2026.012
§ 37	20.02.2003	01.04.2002	totalrevidiert	GS 34.871
§ 37	11.09.2025	01.04.2026	Titel geändert	2026.012
§ 37 Abs. 1	15.04.2010	01.04.2010	geändert	GS 37.57
§ 37 Abs. 1	11.09.2025	01.04.2026	geändert	2026.012
§ 37 Abs. 2	22.03.2012	01.04.2014	geändert	GS 38.43
§ 37 Abs. 2	11.09.2025	01.04.2026	geändert	2026.012
§ 37 Abs. 3	11.09.2025	01.04.2026	geändert	2026.012
§ 37 Abs. 4	11.09.2025	01.04.2026	eingefügt	2026.012
§ 37a	11.09.2025	01.04.2026	eingefügt	2026.012
§ 38 Abs. 1	11.09.2025	01.04.2026	geändert	2026.012
§ 38 Abs. 2	11.09.2025	01.04.2026	aufgehoben	2026.012

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 38 Abs. 3	11.09.2025	01.04.2026	aufgehoben	2026.012
§ 38 Abs. 4	11.09.2025	01.04.2026	geändert	2026.012
§ 39	28.11.2013	01.01.2014	totalrevidiert	GS 38.315
§ 40	20.02.2003	01.04.2002	totalrevidiert	GS 34.871
§ 43 Abs. 1	16.06.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.022
§ 43 Abs. 2	16.06.2016	01.01.2017	eingefügt	GS 2016.022
Titel 2.8	11.11.2004	01.08.2005	geändert	GS 35.310
§ 45a	11.11.2004	01.08.2005	eingefügt	GS 35.310
§ 45a Abs. 1	01.12.2022	01.08.2023	geändert	GS 2023.005
§ 45a Abs. 2	01.12.2022	01.08.2023	geändert	GS 2023.005
§ 46 Abs. 1	14.12.2005	01.01.2005	geändert	GS 35.818
§ 46 Abs. 2 ^{bis}	14.12.2005	01.01.2005	eingefügt	GS 35.818
§ 47	23.06.2005	01.01.2006	totalrevidiert	GS 35.665
§ 48	28.11.2013	01.01.2014	totalrevidiert	GS 38.315
§ 49 Abs. 2	05.06.2008	01.01.2008	geändert	GS 36.672
§ 49 Abs. 2	12.12.2019	01.01.2020	geändert	GS 2019.078
§ 49 Abs. 2	25.09.2025	01.01.2026	geändert	GS 2025.054
§ 49 Abs. 2 ^{bis}	25.09.2025	01.01.2026	eingefügt	GS 2025.054
§ 49 Abs. 4	20.02.2003	01.04.2002	eingefügt	GS 34.871
§ 50	17.11.2011	01.01.2012	totalrevidiert	GS 37.710
§ 50 Abs. 1	16.05.2013	01.01.2015	geändert	GS 38.0281
§ 50a	17.11.2011	01.01.2012	totalrevidiert	GS 37.710
§ 50a Abs. 1	09.02.2012	01.07.2012	geändert	GS 37.888
§ 50a Abs. 1	16.05.2013	01.01.2015	aufgehoben	GS 38.0281
§ 50a Abs. 2	16.05.2013	01.01.2015	aufgehoben	GS 38.0281
§ 50a Abs. 3	09.02.2012	01.07.2012	geändert	GS 37.888
§ 50a Abs. 3	16.05.2013	01.01.2015	aufgehoben	GS 38.0281
§ 50a Abs. 4	09.02.2012	01.07.2012	eingefügt	GS 37.888
§ 53 Abs. 2	17.11.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.710
§ 58 Abs. 1	12.03.2009	01.01.2011	geändert	GS 37.97
§ 66	09.02.2012	01.07.2012	aufgehoben	GS 37.888
§ 66a	28.11.2013	01.01.2014	eingefügt	GS 38.315
Titel 5.1.1	14.02.2019	01.01.2021	eingefügt	GS 2019.008
§ 75a	14.02.2019	01.01.2021	eingefügt	GS 2019.008
§ 75b	14.02.2019	01.01.2021	eingefügt	GS 2019.008
Titel 5.2	22.03.2007	01.04.2007	aufgehoben	GS 36.68
§ 76	22.03.2007	01.04.2007	aufgehoben	GS 36.68
Titel 5.3	11.11.2004	01.08.2005	aufgehoben	GS35.310
§ 77	10.12.2003	01.01.2004	aufgehoben	GS 34.1302
§ 79 Abs. 3	10.06.2004	01.08.2004	geändert	GS 35.168
§ 79 Abs. 4	10.06.2004	01.08.2004	geändert	GS 35.168

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 79 Abs. 7	17.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 37.710
Anhang 2	10.12.2014	01.01.2015	Name und Inhalt geändert	GS 2014.127
Anhang 2	22.10.2015	01.01.2016	Name und Inhalt geändert	GS 2015.059
Anhang 2	14.12.2016	01.01.2017	Name und Inhalt geändert	GS 2016.086
Anhang 2	12.12.2018	01.01.2019	Name und Inhalt geändert	GS 2018.090
Anhang 2	12.12.2019	01.01.2020	Name und Inhalt geändert	GS 2019.078
Anhang 2	03.12.2020	01.01.2021	Name und Inhalt geändert	GS 2020.122
Anhang 2	02.12.2021	01.01.2022	Name und Inhalt geändert	GS 2022.011
Anhang 2	01.12.2022	01.01.2023	Name und Inhalt geändert	GS 2023.004
Anhang 2	01.12.2022	01.01.2023	Inhalt geändert	GS 2023.031
Anhang 2	28.09.2023	01.01.2024	Inhalt geändert	GS 2023.068
Anhang 2	30.11.2023	01.01.2024	Name und Inhalt geändert	GS 2023.102
Anhang 2	28.11.2024	01.01.2025	Name und Inhalt geändert	GS 2024.065
Anhang 2	10.12.2025	01.01.2026	Name und Inhalt geändert	GS 2025.080
Anhang 3	17.06.2010	01.08.2015	Inhalt geändert	GS 2015.035
Anhang 3	07.02.2013	01.08.2015	Inhalt geändert	GS 38.0060
Anhang 3	16.05.2013	01.01.2015	Inhalt geändert	GS 38.0281
Anhang 3	16.01.2014	01.01.2015	Name und Inhalt geändert	GS 2014.048
Anhang 3	10.12.2014	01.01.2015	Inhalt geändert	GS 2014.127
Anhang 3	22.10.2015	01.01.2016	Inhalt geändert	GS 2015.059
Anhang 3	02.06.2016	01.08.2016	Inhalt geändert	GS 2016.017
Anhang 3	16.06.2016	01.01.2017	Inhalt geändert	GS 2016.022
Anhang 3	08.09.2016	01.08.2017	Inhalt geändert	GS 2016.042
Anhang 3	14.12.2016	01.01.2017	Inhalt geändert	GS 2016.086
Anhang 3	12.12.2018	01.01.2019	Inhalt geändert	GS 2018.090
Anhang 3	14.02.2019	01.01.2021	Inhalt geändert	GS 2019.008
Anhang 3	12.12.2019	01.01.2020	Inhalt geändert	GS 2019.078
Anhang 3	16.01.2020	01.01.2020	Inhalt geändert	GS 2020.006
Anhang 3	03.12.2020	01.01.2021	Inhalt geändert	GS 2020.122
Anhang 3	02.12.2021	01.01.2022	Inhalt geändert	GS 2022.011
Anhang 3	13.01.2022	01.04.2022	Inhalt geändert	GS 2022.010
Anhang 3	01.12.2022	01.01.2023	Inhalt geändert	GS 2023.004
Anhang 3	01.12.2022	01.08.2023	Inhalt geändert	GS 2023.005
Anhang 3	28.09.2023	01.01.2024	Inhalt geändert	GS 2023.068
Anhang 3	30.11.2023	01.01.2024	Inhalt geändert	GS 2023.102
Anhang 3	28.11.2024	01.01.2025	Inhalt geändert	GS 2024.065
Anhang 3	10.04.2025	01.08.2026	Inhalt geändert	GS 2025.032
Anhang 3	10.12.2025	01.01.2026	Inhalt geändert	GS 2025.080

Anhang 1 (Personaldekret): Einreichungsplan

Administrative Funktionen

Funktionsbereich 1

	LB	von	bis	28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18	17	16	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1
101 Administrative Angestellte	26	19																													
102 Sachbearbeitung 2	19	13																													
103 Sachbearbeitung 1 (wiss.)	14	7																													
111 Spezifische Führungsfunktion	18	10																													

Handwerklich-technische und hauswirtschaftliche Funktionen

Funktionsbereich 2

	LB	von	bis	28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18	17	16	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1
201 Betriebsangestellte	28	20																													
202 Handwerklich-technische und hauswirtschaftliche Angestellte	20	13																													
203 Technisch-wissenschaftliche Angestellte	14	7																													
211 Spezifische Führungsfunktion	18	11																													

Gesundheit und Soziales

Funktionsbereich 3

	LB	von	bis	28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18	17	16	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1
301 Pflege- und Betreuungsmitarbeit	26	21																													
302 Krankenpflege FA SRK	20	19																													
303 Diplomierte Krankenpflege	18	13																													
304 Spezifische Führungsfunktion	15	13																													
305 Spezifische Führungsfunktion	13	11																													
311 Medizinisch-Technische Mithilfe	27	22																													
312 Medizinisch-Technische Angestellte	21	18																													
313 Medizinisch-Technische Assistenz	18	15																													
314 Spezifische Führungsfunktion	15	12																													
321 Therapiehilfe	25	22																													
322 Therapieangestellte	21	18																													
323 Diplomierte Therapieangestellte	17	14																													
324 Spezifische Führungsfunktion	14	11																													
331 Psychologie und Psychotherapie	12	8																													
332 Arztfunktionen	12	2																													
341 Sozialpädagogik	19	14																													
342 Sozialarbeit	16	13																													
351 Seelsorge	9	9																													

Anhang 1 (Personaldekret): Einreichungsplan

Bildungswesen

Funktionsbereich 4

	LB	von	bis	28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18	17	16	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1
401 Kindergarten	14		11																												
402 Primarschule	14		10																												
403 Realschule / 404 Berufswahlklasse	13		11																												
405 Heilpädagogik	11		10																												
406 Werkjahr	13		10																												
407 Sekundarschule	13		9																												
408 Gymnasium	12		9																												
409 Gewerblich-Industrielle Berufsschule	11		9																												
410 Handelsschule KV	13		9																												
411 Jugendmusikschule	12		12																												
412 Kantonale Technikerschule	10		10																												
414 Logopädie / Psychomotorik	13		12																												
				28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18	17	16	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1

Justiz

Funktionsbereich 5

	LB	von	bis	28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18	17	16	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1
501 Untersuchungsfunktion	14		9																												
504 Staatsanwalt/-anwältin	9		6																												
505 Gerichtsschreiber/in	11		6																												
506 Gerichtspräsident/in 1. Instanz	4		3																												
				28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18	17	16	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1

* Lohnband 6 kommt nur zur Anwendung, wenn der Regierungsrat eine entsprechende, durch die Bewertungskommission bewertete Modellumschreibung beschliesst.

Polizei

Funktionsbereich 6

	LB	von	bis	28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18	17	16	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1
601 Polizeiaspirant/in	19		19																												
602 Polizeiliche Sachbearbeitungsfunktion	18		14																												
603 Polizeiliche Führungsfunktion - Fachspezialist/in	13		11																												
				28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18	17	16	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1

Allgemeine Führungsfunktionen

Funktionsbereich 7

	LB	von	bis	28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18	17	16	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1
711 Allgemeine Führungsfunktion 2	12		7																												
712 Allgemeine Führungsfunktion 1	7		1																												
				28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18	17	16	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1

Lohntabelle 2026

Anhang II zum Personaldekret (SGS 150.1)

Inhalt

- Gewährter Teuerungsgleich und Berechnungsgrundlagen
- Lohn Tabellen für die Lohnbänder 1 bis 28
- Familien- und Erziehungszulagen
- Ansätze für Ausnahmen vom System der Lohnbänder

Gewährter Teuerungsausgleich		(interner Lohnindex, 2015 = 100)
2015	0.00%	100.00
2016	0.00%	100.00
2017	0.00%	100.00
2018	0.00%	100.00
2019	1.40%	101.40
2020	0.50%	101.91
2021	0.00%	101.91
2022	0.05%	101.96
2023	2.50%	104.51
2024	2.45%	107.07
2025	0.00%	107.07
2026	0.30%	107.39

Berechnungsgrundlage

Jahresstunden	261 Tage	x	8.4 Stunden	2'192.4 Stunden
Monatsstunden	2'192.4 Jahresstunden :		12 Monate	182.7 Stunden
Stunden pro Woche	8.4 Stunden	x	5 Tage	42 Stunden

Lohntabelle 2026

(Jahreslohn inkl. 13. Monatslohn)

Lohnband	Minimum Erfahrungswert C	Funktionslohn Erfahrungswert 1	Maximum Erfahrungswert 27
1	183'364.35	208'720.85	282'039.55
2	173'463.55	197'402.40	267'412.60
3	163'557.55	186'083.30	252'790.20
4	153'655.45	174'762.90	238'170.40
5	143'744.90	163'441.20	223'548.65
6	133'841.50	152'120.80	208'931.45
7	123'830.20	140'803.00	194'303.20
8	114'704.85	130'592.80	179'731.50
9	106'567.50	121'333.55	166'578.75
10	99'448.70	113'202.70	154'872.90
11	92'846.65	105'661.40	144'626.30
12	86'760.70	98'701.85	135'124.60
13	81'151.20	92'293.50	126'298.90
14	76'095.50	86'509.15	118'052.35
15	71'513.00	81'271.45	110'590.35
16	67'442.70	76'620.70	103'846.60
17	63'874.20	72'556.25	97'873.75
18	60'776.95	69'079.40	92'642.55
19	58'043.05	66'030.25	88'173.15
20	55'359.20	62'999.30	84'234.15
21	53'006.20	60'370.70	80'383.55
22	50'844.95	57'956.60	77'186.85
23	48'874.15	55'755.05	74'249.50
24	47'086.00	53'763.45	71'585.15
25	45'481.15	51'985.05	69'184.05
26	44'105.75	50'444.55	67'044.90
27	42'836.95	49'064.60	65'172.90
28	41'796.30	47'921.90	63'555.70

Familien- und Erziehungszulagen 2026 in CHF

Erziehungszulage bei einer Vollzeitbeschäftigung, monatlich*

a. bis			6'257.80	=	460.65
b. von	6'257.85	bis	7'761.00	=	425.15
c. von	7'761.05	bis	9'264.05	=	389.95
d. über			9'264.10	=	354.25

* Die Grenzbeträge beziehen sich auf den Monatslohn gemäss Lohntabelle bei einer 100%-Beschäftigung. Die Erziehungszulage wird im Verhältnis zum Beschäftigungsgrad ausgerichtet (§ 29 Abs. 4 Personaldekret).

Wird der Jahreslohn in zwölf Monatslöhnen und nicht in 13 Monatslöhnen ausgerichtet, beziehen sich die Grenzbeträge auf den Dreizehntel des Jahreslohnes.

Familienzulagen (Kinder- und Ausbildungszulage)

Die monatliche Kinderzulage beträgt pro Kind	215.00
Die monatliche Ausbildungszulage beträgt pro Kind	268.00

Ausnahmen vom System der Lohnbänder

(Ansätze mit Verweis auf Anhang II (SGS 150.1), Ziffer 2, alle Werte in CHF)

Gruppe A:

Ansatz A 1	27'423.75
Ansatz A 2	26'211.70
Ansatz A 3	25'605.55
Ansatz A 4.1	24'410.45
Ansatz A 4.2	23'947.55
Ansatz A 4.3	23'484.45

Gruppe B:

	Minimallohn	Maximallohn
Ansatz B 1	15'455.25	18'939.65
Ansatz B 2	24'280.65	28'029.45
Ansatz B 3	27'222.35	31'059.35

Gruppe C: (Sitzungsgelder und Pauschalentschädigungen)

Ansatz C 2	45.00
Ansatz C 3	50.00
Ansatz C 4	300.00
Ansatz C 5.1	180.00
Ansatz C 5.2	210.00
Ansatz C 6	200.00
Ansatz C 7	250.00
Ansatz C 8	1'000.00
Ansatz C 9	150.00 bis 400.00
Ansatz C 10	100.00 bis 300.00
Ansatz C 13.1	3'300.00
Ansatz C 13.2	3'000.00

Gruppe D:

	Minimum	Stufe 1	Stufe 2	Maximum
Ansatz D 1	16'549.80	19'308.10	20'963.15	22'066.45
Ansatz D 2	12'872.10	15'630.45	17'285.40	18'388.70
Ansatz D 3	16'130.45	18'594.75	20'073.35	21'059.20
Ansatz D 4	14'338.15	16'578.60	17'922.70	18'818.90
Ansatz D 5	12'545.95	14'786.25	16'130.45	17'026.55
Ansatz D 6	14'563.60	17'814.70	19'765.45	21'065.95

Hinweise:

Die Ansätze für die Ausbildungs- und Praktikumlöhne sind in der Verordnung über die Vergütungen während der Ausbildung (SGS 155.11) festgelegt.

Die Ansätze für weitere Kommissionen und Nebenämter sind in der Verordnung über die Vergütungen für die Inhaberinnen und Inhaber von Nebenämtern und für die Mitglieder von kantonalen Arbeitsgruppen (SGS 158.12) festgelegt.

Die Ansätze für die Vergütung von unselbständig Erwerbenden, die für den Kanton Basel-Landschaft Mandate übernehmen und nicht Mitarbeitende im Sinne des Personalgesetzes sind, sind in der Verordnung über die Vergütung von Mandaten an unselbständig Erwerbende (SGS 153.18) festgelegt.

Erlassstitel	Dekret zum Personalgesetz (Personaldekret)
SGS-Nr.	150.1
GS-Nr.	33.1248
Erlassdatum	08.06.2000 (2000/002 , Teilrevision kant. Besoldungswesen)
In Kraft seit	01.01.2001
> Startseite Gesetzessammlungen des Kantons Basel-Landschaft	

Hinweise:

- Die Links in der Spalte «Datum» führen zum jeweiligen Landratsprotokoll der 2. Lesung.
- Die Links unter «GS-Nr.» und «In Kraft seit» führen zu den entsprechenden Dokumenten in der chronologischen und in der systematischen Gesetzessammlung.
- Die Links unter «Dazugehörige Landratsvorlage/Bemerkungen» führen zu den Landratsvorlagen (mit der Übersicht zu den Dokumenten und Beschlüssen) und allfälligen weiteren Informationen (z. B. Abstimmungsergebnisse).
- Weitere Informationen zum Landrat finden sich unter «[Landrat / Parlament](#)».
- Weitere Informationen zu den Gesetzessammlungen finden sich unter «[Gesetzessammlung](#)».

Änderungen / Ergänzungen / Aufhebungen (chronologisch absteigend)

Datum	GS-Nr.	In Kraft seit	Dazugehörige Landratsvorlage/Bemerkungen
10.04.2025	2025.032	01.08.2026	2025/14 , Logopädie und Psychomotorik
28.11.2024	2024.065	01.01.2025	2024/653 , Teuerungsausgleich 2025
30.11.2023	2023.102	01.01.2024	2023/571 , Teuerungsausgleich 2024
28.09.2023	2023.068	01.01.2024	2023/286 , Änderung von Anhang 2 betr. Entschädigung der Friedensrichterinnen und -richter
14.12.2022	2023.004	01.01.2023	2022/475 , Aufgaben- und Finanzplan 2023-2026
01.12.2022	2023.005	01.08.2023	2022/387 , Berufsauftrag und Jahresarbeitszeit der Lehrpersonen
01.12.2022	2023.004	01.01.2023	2022/597 , Teuerungsausgleich 2023
13.01.2022	2022.010	01.04.2022	2018/158 , Änderung des Gesetzes über den Ombudsman – Einführung des Jobsharing-Modells

02.12.2021	2022.011	01.01.2022	2021/663 , Teuerungsausgleich 2022
03.12.2020	2020.122	01.01.2021	2020/561 , Teuerungsausgleich 2021
16.01.2020	2020.006	01.01.2020	2019/545 , Erstinstanzliche Gerichtspräsidien
12.12.2019	2019.078	01.01.2020	2019/712 , Teuerungsausgleich 2020
14.02.2019	2019.008	01.01.2021	2018/811 , Teilrevision Lohnsystem
12.12.2018	2018.090	01.01.2019	2018/898 , Teuerungsausgleich 2019
13.12.2017	--	--	2017/549 , Teuerungsausgleich 2018
14.12.2016	2016.086	01.01.2017	2016/373 , Teuerungsausgleich 2017
08.09.2016	2016.042	01.08.2017	2015/429 , Aufhebung Unterrichtsentlastung
16.06.2016	2016.022	01.01.2017	2016/085 , Vergütung aus Abordnung etc.
02.06.2016	2016.017	01.08.2016	2015/430 , Weiterführung Pensenerhöhung
22.10.2015	2015.059	01.01.2016	2015/355 , Lohnanpassungen
17.06.2010	2015.035	01.08.2015	2009/351 , Harmonisierung im Bildungswesen, Änderung Bildungsgesetz angenommen in der Abstimmung vom 26.09.2010
10.12.2014	2014.127	01.01.2015	2014/390 , Teuerungsausgleich 2015
16.01.2014	2014.048	01.01.2015	2012/227 , Revision Polizeigesetz
28.11.2013	38.315	01.01.2014	2013/291 , Jahresarbeitszeit, Lohnwesen etc.
16.05.2013	38.0281	01.01.2015	2012/176 , Durchführung berufliche Vorsorge durch BLPK
16.05.2013	38.227	01.07.2013	2012/312 , Personalpolitik, -strategie
07.02.2013	38.0060	01.08.2015	2012/225 , Bildungsharmonisierung Primar
29.03.2012	37.885	01.08.2013	2011/296 , Entlastungspaket 12/15, LRB Ziff. 12
22.03.2012	38.43	01.04.2014	2011/296 , Entlastungspaket 12/15, LRB Ziff. 4
22.03.2012	37.884	01.08.2012	2011/296 , Entlastungspaket 12/15, LRB Ziff. 14
09.02.2012	37.888	01.07.2012	2011/293 , Änderung Personalgesetz/Personaldekret betr. flankierende personelle Massnahmen im Entlastungspaket 12/15 etc.

17.11.2011	37.883	01.01.2013	2011/223 , Verselbständigung Spitäler/KPD
17.11.2011	37.710	01.01.2012	2011/219 , Bestimmungen zum Lohnwesen
25.11.2010	37.391	01.07.2011	2010/204 , Familien- und Erziehungszulagen
13.01.2011	37.374	01.01.2011	2010/351 , Jugendanwaltschaft, Sonderregelung im Lohnwesen
09.12.2010	37.299	01.01.2012	2010/350 , 5 Wochen Ferien
15.04.2010	37.209	01/01/2011	2010/063 , Sonderregelung im Lohnwesen Staatsanwaltschaft
12.03.2009	37.85	01.01.2011	2008/148 , EG StPO
15.04.2010	37.57	01.04.2010	2009/220 , Vergütungen Richterinnen und Richter
07.05.2009	36.1222	01.01.2010	2008/227 , Anpassung wg. Revision Familienzulagengesetz
23.04.2009	36.1131	01.07.2009	2008/245 , Sonderregelung im Lohnwesen Vorsteher bzw. Vorsteherin der Finanzkontrolle und der kantonalen Datenschutzaufsichtsstelle sowie der Ombudsman
05.06.2008	36.672	01.01.2008	2008/116 , Korrektur § 49 Abs. 2 PersD
29.11.2007	36.532	01.01.2008	2007/175 , Teuerungsausgleich, Anpassung der Indexberechnung
22.03.2007	36.68	01.04.2007	2006/323 , Anpassung an das Familienzulagengesetz
08.03.2007	36.32	01.01.2007	2006/301 , Arbeitszeit der Assistenzärztinnen und Assistenzärzte, der Oberärztinnen und Oberärzten sowie der Kaderärztinnen und Kaderärzte in den Kantonsspitalen und den Kantonalen Psychiatrischen Diensten
13.12.2006	35.1081	01.01.2007	2006/280 , Teuerungsausgleich 2007
14.12.2005	35.818	01.01.2005	2005/291 , Treueprämie
03.11.2005	35.882	01.01.2006	2005/151 , EFFILEX
23.06.2005	35.665	01.01.2006	2005/076 , Entlastungspaket aus der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP)
11.11.2004	35.310	01.08.2005	2004/098 , Regelung der Arbeitszeit und des

			Berufsauftrags von Lehrpersonen
10.06.2004	35.168	01.08.2004	2004/098 , Regelung der Arbeitszeit und des Berufsauftrags von Lehrpersonen
05.02.2004	35.37	01.01.2004	2003/288 , Einreihung in eine Lohnklasse
10.12.2003	34.1302	01.01.2004	2003/273 , Zivilstandsbeamtinnen und -beamte des Bezirks Laufen
12.06.2003	34.1085	01.08.2003	2003/071 , Lohneinreihung der Dozierenden der kantonalen Pädagogischen Hochschule und Ergänzung des Einreihungsplans
20.02.2003	34.871	01.04.2002	2002/222 , Vergütungen der Richterinnen und Richter
25.01.2001	34.28	01.01.2001	2001/001 , Nachtrag zum Erlass des Personaldekrets